

1966

Eine ausgezeichnete Idee, den Nachwuchssorgen zu begegnen, war zweifellos die Gründung eines Knabenchores beim MGV "Euterpe" Hornau. Unter der Leitung von Kreischormeister Carl Kümmel erhalten die Knaben eine regelrechte musikalische Grundausbildung, die es ihnen später einmal ermöglichen soll, in einem größeren Chor mitzuwirken.

8.1.1966: Der 8. Januar war für die evang. Kirchengemeinde Kelkheims ein denkwürdiger und ereignisreicher Tag, denn nach langen Vorbereitungen wurde im Gelände "Am Flachsland" in Hornau feierlich der Grundstein für ein neues Gemeindezentrum gelegt. Damit nahm ein langgehegter Wunsch der gesamten evang. Kirchengemeinde sichtbare Form an, denn durch die bestehende Raumnot der von Jahr zu Jahr wachsenden Gemeinde konnte sich das kirchliche und außerkirchliche Leben der evang. Christen in der Stadt nur schwer entfalten.

Im Jahre 1937 gab es in Kelkheim rund 650 evang. Christen. Eine kleine Gemeinde, für die die 1934 erbaute Kirche mit den bescheidensten Gemeindevorrichtungen gerade noch ausreichte. Bis zum Jahresende 1965 war die Zahl der evang. Mitbürger bereits auf rund 5.500 angewachsen und in einigen Jahren werden es 8.000 bis 10.000 sein. Der evangelischen Kirchengemeinde gehören sehr viele Kinder an, die mit Taufe, Kindergarten, Kindergottesdienst, Konfirmandenunterricht und Konfirmation in das Gemeindeleben hineinwachsen. Deshalb war ein evangelisches Gemeindezentrum sehr nötig.

14.1.1966: Die 1. Sitzung des Stadtparlaments im Jahre 1966 fand am 14.1. statt. Der Bürgermeister brachte den Etatentwurf für 1966 ein. Er wies in seiner Haushaltsrede darauf hin, dass er hiermit den 22. HH-Entwurf für den Magistrat einbringe und es sei gleichzeitig der letzte in seiner Amtszeit. Die Ausschüsse wurden mit den Beratungen beauftragt.

Der früher bereits genehmigte Hauungs- und Kulturplan wurde für ungültig erklärt, da eine größere Holzmenge für den Bau der B 8 im Gebiet "Dicknet" eingeschlagen werden musste. Die Stadtverordneten beschlossen, dass mit dem Einschlag des Holzes für den Bau erst begonnen werden könne, wenn über den Geländepreis für das Waldgelände eine Einigung erzielt worden sei. Der Bund bot damals einen Preis von 1 DM pro qm Waldgelände an.

Dem Abbruch des alten Rathauses in Hornau an der Ecke Lange Straße/ Theresenstraße wurde jetzt auch einstimmig zugestimmt. Das Haus konnte jedoch erst im Jahre 1967 abgebrochen werden, nachdem die dort untergebrachten Mieter anderweitig Wohnungen zugewiesen bekamen. Einige Zeit später wurde die Ecke Theresenstraße/Lange Straße in der heutigen Form ausgebaut. Der Engpass der Einmündung der Theresenstraße in die Lange Straße konnte damit beseitigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss jetzt auch einen Bebauungsplan für den Haingraben von der Bahnstraße bis zum Mittelweg. Eine Bebauung erfolgte erst viele Jahre später. Offen gelegt wurde auch ein Bebauungsplan für das Gebiet "Nach dem Busch" und für die Fischbacher Straße. Beide Straßen wurden nach der Genehmigung des Planes verbreitert.

Der Magistrat wurde beauftragt, Bebauungsplanentwürfe für die Gebiete "Herrnwald", den Kirchplatz Münster, die Frankfurter Straße zwischen Bahnstraße und Hauptstraße (heute Höchster Straße) und den Haingraben zwischen Mittelweg und Töpferstraße aufzustellen. Die jeweiligen Abstimmungen brachten unterschiedliche Abstimmungsverhältnisse. Bei dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Kirchplatz Münster gab es insbesondere Debatten um die Abgrenzung des Gebietes. Die SPD wollte nur einen Plan für das Gebiet Kirchplatz aufstellen, die CDU und FDP beschlossen, dass auch die umliegenden Gebiete zwischen Hofheimer Straße und Borggasse in diesen Plan einzubeziehen seien. Für das Gebiet Haingraben zwischen Bahnstraße und Mittelweg wurde mit 12 gegen 9 Stimmen bei 1 Enthaltung das Baulandumlegungsverfahren angeordnet. Dieses Verfahren wurde kurze Zeit später vom Magistrat eingeleitet, ist aber erst Ende der 70er Jahre beendet worden.

Aus Anlass des 70. Geburtstages der früheren Schulträgerin der Höheren Privatilehranstalt Dr. Richter und jetzigen Vorsitzenden der Dr. Carl- Richter-Stiftung e.V., Frau Johanna Richter, fand im Schulgebäude an der Siemensstraße (heute Gagernring) ein Festakt statt, an der u.a. auch Bgm. Stephan mit Vertretern der städtischen Körperschaften, die Vertreter der Kirchen, das Lehrerkollegium und Schüler teilnahmen.

10.2.1966: In der Stadtverordnetensitzung am 14.2. teilte der Stadtverordnetenvorsteher mit, dass der ehrenamtliche Stadtrat und spätere Bürgermeister der Stadt Kelkheim Winfried Stephan zwischenzeitlich die Berechtigung erhalten habe, den Dokortitel zu führen. Er sprach ihm im Namen der Stadtverordnetenversammlung den Glückwunsch dazu aus.

Der HH-Plan 1966 wurde jetzt verabschiedet. Wesentliche Punkte waren, dass weitere Mittel für den Rathaus- und Schwimmbadbau angespart werden konnten. Auch für den weiteren Bürgersteigausbau konnten wieder 413.000 DM bereitgestellt werden. Der Stv. Dichmann (FDP) erklärte, dass man eine Reihenfolge bezüglich Rathaus- und Schwimmbadbau festlegen sollte, da beide Objekte nicht zugleich bei

den anstehenden vielseitigen Schulbaumaßnahmen ausgeführt werden könnten. Wie bekannt, wurden in späteren Jahren erst das Schwimmbad und dann das Rathaus gebaut.

Der HH-Plan mit einem Volumen von 7 Mio. DM, davon 5,3 Mio. im ordentlichen und 1,7 Mio. DM im außerordentlichen Haushalt, wurde einstimmig angenommen. Die Darlehensaufnahmen wurden auf 630.000 DM, überwiegend für Wasserversorgungsmaßnahmen, begrenzt.

Offen gelegt wurde in dieser Sitzung auch der Bebauungsplan für das Dreiecksgebiet Töpferstraße, Hauptstraße (heute Höchster Straße) und Frankfurter Straße mit 12 gegen 8 Stimmen bei drei Enthaltungen. Der Bebauungsplan war insbesondere wegen der damals vorgesehenen, aber nicht realisierten Durchführung einer Landstraße über die Sindlinger Wiesen in den Haingraben, sehr umstritten. Der Vorschlag wurde später auch wieder fallen gelassen. Ein Vorschlag des Magistrats, für dieses Gebiet eine Baulandumlegung anzuordnen, wurde mit 13 gegen 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Der Durchbruch des Nelkenweges (heute Johann-Strauß-Straße) war bereits lange vorgesehen. Jetzt beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit 13 gegen 10 Stimmen, die notwendigen Grundstücke für den Durchbruch der Straße anzukaufen. Der Durchbruch ist dann doch erst im Jahre 1972 durchgeführt worden.

Die SPD-Fraktion im Stadtparlament will für die kommende Bürgermeisterwahl mit einem eigenen Kandidaten antreten. Sie hat sich einstimmig für den 37-jährigen Oberamtmann Walter Babinsky von der Frankfurter Stadtverwaltung entschieden. Walter Babinsky kann eine 19-jährige Tätigkeit in den verschiedensten Zweigen der Kommunalverwaltung nachweisen und gehört der SPD an.

25.2.1966: Am 25.2. fand eine Aussprache der Stadtverordneten mit dem Ing.- Büro Odilo Fischer, Wiesbaden, wegen der Aufstellung des Generalverkehrsplanes für Kelkheim statt. Das Straßenbauamt forderte damals die Zustimmung der Stadt für die von ihr vorgeplante und bereits erwähnte Landstraße Sindlinger Wiesen - Haingraben - Hornauer Straße - Gagernring. Es ließ die Stadtverordneten wissen, dass bei Nichtgenehmigung dieser Straßenführung der Verkehr auf der Frankfurter Straße bleiben würde, auch der Bahnübergang K.-Mitte könnte nicht beseitigt werden. Bereits an diesem Besprechungsabend zeigte sich, dass die Mehrheit der Stadtverordneten nicht bereit war, eine zusätzliche Landstraße auf der vorgenannten Trasse zu genehmigen. Abschließende Beratungen erfolgten jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Bei dem Ausschuss zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl gingen bis jetzt 12 Bewerbungen für den Posten des Bürgermeisters der Stadt Kelkheim ein. Der Ausschuss hat nun beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zwei Kandidaten vorzuschlagen. Für die CDU kandidiert der 30-jährige ehrenamtliche Stadtrat *Dr. Winfried Stephan*, ein Neffe von Bgm. Wilhelm Stephan. Der Kandidat der SPD ist der 38-jährige Stadtoberamtmann *Walter Babinsky* aus Frankfurt.

21.3.1966: Die Stadtverordnetensitzung am 21.3. befasste sich ausschließlich mit der Wahl eines neuen Bürgermeisters. Die Sitzung begann bereits um 19.30 Uhr. Anwesend waren auch Landrat Dr. Wagenbach und Ehrenstadtrat Josef Mohr. Stadtverordnetenvorsteher Claßen gab als Vorsitzender des Wahlausschusses einen Bericht über die drei zwischenzeitlich stattgefundenen Sitzungen des Ausschusses. Aufgrund der Stellenausschreibung gingen 12 Bewerbungen ein. Die zwei Bewerber, die von den Fraktionen vorgeschlagen waren, wurden den Stadtverordneten vorgestellt. Für die CDU kandidierte Dr. Winfried Stephan und für die SPD Oberamtmann Walter Babinsky.

Die Fraktionsvorsitzenden Kilp, Voigt und Dichmann nahmen zu den Bewerbern kurz Stellung. Insbesondere gab es Meinungsverschiedenheiten, ob ein Bewerber aus Kelkheim oder nur ein auswärtiger Bewerber berücksichtigt werden sollte. Die Fraktionen der CDU und FDP sprachen sich für Herrn Dr. Winfried Stephan aus, die der SPD für Herrn Walter Babinsky. Die Wahl ergab 14 Stimmen für Dr. Stephan und 11 Stimmen für Herrn Babinsky.

Der Stadtverordnetenvorsteher, die drei Fraktionsvorsitzenden und der unterlegene Kandidat gratulierten dem neu gewählten Bürgermeister der Stadt Kelkheim. Dr. Stephan bedankte sich für seine Wahl und bat um eine gute Zusammenarbeit zur Lösung der noch anstehenden Probleme. Landrat Dr. Wagenbach beglückwünschte auch den neuen Bürgermeister und erklärte, dass er sich über die Wahl freue, obwohl damit ein Ausscheiden von Dr. Stephan aus der Kreisverwaltung eintreten würde. Er bedankte sich auch bei dem noch amtierenden Bürgermeister Wilhelm Stephan für die langjährige gute Zusammenarbeit und teilte dabei mit, dass er bereits einen Monat vor der Beendigung der Amtszeit von Bürgermeister Wilhelm Stephan auch aus seinem Amt als Landrat des MTK ausscheiden würde.

Der neue Bürgermeister der Stadt Kelkheim, Dr. Winfried Stephan, ist ein Sohn der Stadt. Er wurde am 27. Juni 1935 in Hornau geboren. Von 1941 bis 1945 besuchte er die Volksschule in Hornau und anschließend bis 1955 das Gymnasium in Königstein. Nach bestandenerm Abitur studierte er an der Johann- Wolfgang-von- Goethe- Universität in Frankfurt und der Ludwig- Maximilian- Universität in München

Rechtswissenschaften und bestand am 18. Dezember 1959 beim Prüfungsamt des Oberlandesgerichts in Frankfurt die 1. juristische Staatsprüfung. 1961 trat Winfried Stephan als Gerichtsreferendar in den Vorbereitungsdienst des Landes Hessen. Diesen Vorbereitungsdienst unterbrach er von Oktober 1961 bis April 1962 durch die Tätigkeit als Assistent bei der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt. Von 1962 bis 1963 war er ein Jahr lang in einem Frankfurter Anwaltsbüro tätig. Nach bestandener großer juristischer Staatsprüfung war Winfried Stephan von August bis Dezember 1964 Richter am Landgericht in Hanau. Vom 1. Dezember 1964 bis zu seiner Wahl zum Bürgermeister der Stadt Kelkheim war er als Verwaltungsjurist im Rechtsamt der Kreisverwaltung des MTK tätig. An der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt promovierte Winfried Stephan am 1. Dezember 1965 mit einer Arbeit über das Thema: "Die wechselseitige Bindung an Urteile im Verhältnis von Zivil- und Verwaltungsgerichten". Dr. Winfried Stephan ist seit 1961 verheiratet und hatte zu diesem Zeitpunkt zwei Kinder.

25.3.1966: Obleich immer noch nicht abzusehen ist, wann mit dem seit Jahren geplanten Bau des Schwimmbades begonnen werden kann, lässt sich der Verein zur Förderung des Kelkheimer Schwimmbades nicht entmutigen. Der Vorstand will sich jetzt an die Kreistagsabgeordneten persönlich wenden und sie bitten, endlich eine Rangliste für die Schwimmbadprojekte im MTK aufzustellen und das Kelkheimer Bad möglichst an die 1. Stelle zu setzen. Hiervon wird es nämlich abhängen, ob die Stadt Kelkheim im nächsten oder übernächsten Jahr den ersehnten Landeszuschuss zum Bau des Schwimmbades erhält.

Nach der Neuordnung des Schulwesens in Kelkheim wurden auch zwei neue Direktoren in ihr Amt eingeführt. In K.-Mitte wurde Christa Juretzek Direktorin der neuen Grundschule, und in der Eichendorffschule wurde Hauptlehrer Gäbel aus Lorsbach Nachfolger von Direktor Lewalter.

6.5.1966: In der Stadtverordnetenversammlung am 6.5. teilte 1. Stadtrat Claas in Vertretung des Bürgermeisters mit, dass aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, dass der Waldbestand für die Trasse der B 8 erst nach Einigung über den Kaufpreis für das Gelände abgeholzt werden kann, die Bundesstraßenbauverwaltung gegen die Stadt Kelkheim ein Enteignungs- und Besitznachweisungsverfahren eingeleitet habe. Der Magistrat habe einen Frankfurter Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt.

In einem Eröffnungstermin am 14.3., der vom RP in Wiesbaden als Enteignungsbehörde geleitet wurde, verglich man sich dahingehend, dass die Besitzanweisung für das Straßengelände am 15.3. 1966 erfolge. Ein Sachverständiger wurde durch den RP beauftragt, ein Gutachten über den Kaufpreis zu erstellen. Die Auseinandersetzung der Stadt mit dem Bund wegen des Kaufpreises für das Waldgelände endete erst im Jahre 1972. Sie wurde bis zum Bundesgerichtshof getragen. Die Stadt erreichte, dass ihr statt der ursprünglich angebotenen 1 DM pro qm Waldgelände 2,58 DM pro qm gezahlt wurden. Mit dem Holzeinschlag für die Trasse der B 8 war aufgrund dieses Vergleichs bereits einige Tage vorher begonnen worden.

1. Stadtrat Claas konnte auch mitteilen, dass der Kreis jetzt eine erste Zuschussrate von 50.000 DM für den Schwimmbadbau an Kelkheim zugesagt habe.

Die Stadtverordneten erteilten einstimmig dem Magistrat den Auftrag, einen Rechtsanwalt mit einer Klage gegen die Bauunternehmerfirma im Gebiet "Hofheimer Straße/Hallwielweg" zu beauftragen, da diese Bauunternehmerfirma den Aufschließungsvertrag vom 17.9.1959 nicht erfüllte. Die Straßen zwischen Hofheimer Straße und dem Hallwielweg waren damals noch aufgrund ihres halbfertigen Zustandes kaum befahrbar. Die Obstanlage "Busch" hatte in den letzten Jahren keinerlei Rendite mehr gebracht. Die Stadtverordneten beschlossen jetzt einstimmig die Verpachtung dieser Anlage an einen Landwirt aus Bad Soden. Die Obstbäume hat er später mit Zustimmung der Stadt entfernt.

Die bereits offen gelegten Bebauungspläne "Nach dem Busch", "Haingraben zwischen Bahnstraße und Mittelweg" und "Rotlinallee" wurden jetzt als Satzung verabschiedet.

Offen gelegt wurden jetzt die Bebauungspläne "Frankfurter Straße zwischen Höchster- und Lorsbacher Straße", "unterer Teil der Hornauer Straße" und "östlicher Teil der Fischbacher Straße".

Unter dem TOP Anfragen wurde u.a. angefragt, warum der Magistrat eine Sperrung des Weges zum Gimbacher Hof vorgenommen habe. Erster Stadtrat Claas berichtete, dass die Sperrung wegen der Verschmutzung des Gimbacher Weges erfolgt sei. Diese Sperrung muss bis Mitte der 70er Jahre angehalten haben. Aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Verwaltungsgerichts musste die Zuwegung wieder geöffnet werden. Die Stadt war auch danach verpflichtet, den Weg offen zu halten, da bereits seit Jahrhunderten eine Zuwegung von Kelkheim her bestanden hatte.

Dieser Streit um die Zu- und Abfahrt zum Gimbacher Hof, konnte auch in den folgenden Jahren nicht zur Zufriedenheit aller Beteiligten - Eigentümer des Hofes, Anlieger des Gimbacher Weges, Anlieger der Abfahrtsstraße in Fischbach und der Stadt Kelkheim - geregelt werden.

Das Straßenbauamt hatte mit der Verbreiterung der Fischbacher Straße begonnen, jedoch seine Arbeiten zwischenzeitlich unterbrochen. Die Stadtverordneten forderten jetzt, dass der Weiterausbau der Fischbacher Straße schnellstens vorgenommen wird.

Beschlossen wurde auch der weitere Ankauf eines Anwesens an der Frankfurter Straße vor dem Kirchplatz Münster. Diese und später noch angekauften Anwesen wurden alle abgerissen.

Die Stadtverordneten einigten sich auch einstimmig darauf, dass Bgm. Wilhelm Stephan bei seinem Ausscheiden die Ehrenbezeichnung "Ehrenbürgermeister" aufgrund seiner 21-jährigen Tätigkeit als Bürgermeister der Stadt Kelkheim verliehen werden sollte. Außerdem beauftragten sie den Magistrat, eine "Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette" – in Gold und Silber - in Erinnerung an den Paulskirchenpräsidenten, dessen Elternhaus in Hornau stand, ausarbeiten zu lassen. Der Haupt- und Finanzausschuss sollte sich mit dem Entwurf einer Satzung zur Einführung dieser Plakette und mit der Änderung der Hauptsatzung bezüglich Ehrungen befassen.

8.5.1966: Zu einem Freundschaftstreffen, das mit klingendem Spiel auf dem Platz vor der Stadthalle ausklang, hatten sich die Fanfaren- und Spielmannszüge Kurpfalz Oppenau, Dirmstein und Einselfthum beim Hornauer Fanfarenzug zusammengefunden. Am Wochenende piff und trommelte es in allen Ecken von Hornau. Nach einem bunten Abend am Samstag, dem ein Umzug vorangegangen war, fanden am Sonntag vor dem gemeinsamen Treffen Platzkonzerte der einzelnen Züge statt.

Zu den vielen neuen Siedlungen, die in Kelkheim in den letzten Jahren aus dem Boden wuchsen, gehört die Siedlung am Gimbacher Weg, die wegen der ineinander verschachtelten, eingeschossigen Bungalows an südliche Gefilde erinnern. Der Volksmund in Kelkheim, der die Hochhaussiedlung am Berg "Kelkheimer Manhattan" taufte, hatte auch für diese Bungalowsiedlung einen Namen gefunden: "Klein Jerusalem".

2.6.1966: An der Stadtverordnetensitzung am 2.6. nahm auch der neu eingeführte Landrat des MTK, Dr. Valentin Jost, teil. Stadtverordnetenvorsteher Claßen gab einen kurzen Überblick über die Situation der Stadt Kelkheim. Er bat den neuen Landrat, sich während seiner Amtszeit für die Belange der Stadt einzusetzen. Dr. Jost bedankte sich für die Einladung und erklärte, dass er sich bemühen werde, die Entwicklung der Städte und Gemeinden im MTK weiter voran zu treiben. Dabei müssten auch die Probleme der schnell gewachsenen Stadt Kelkheim berücksichtigt werden.

Zur Tagesordnung stand eine Änderung der Hauptsatzung vom 4. Dez. 1964. In dem 1. Nachtrag wurde geregelt, dass Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, die in der Regel 12 Jahre in städtischen Gremien tätig waren, ein Ehrenring mit dem Stadtwappen der Stadt Kelkheim überreicht wird. Weiterhin wurde auch beschlossen, eine Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold und Silber zu prägen, die an Bürgern, die sich um die Stadt Kelkheim besonders verdient gemacht haben, zukünftig verliehen werden sollte. Die Prägung der Plakette wurde in einer Satzung festgelegt. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Plakette in Gold erstmals dem langjährigen Bürgermeister Wilhelm Stephan bei dessen Ausscheiden überreicht wird. Alle Beschlüsse über Ehrungen wurden einstimmig gefasst.

Mit dem TuS Hornau bestand für die Sportanlage im Reis ein Pachtvertrag für 50 Jahre. Nachdem Ausbau- und Verbesserungsarbeiten an der Sportanlage vorgenommen werden sollten und hierfür Landesmittel beantragt waren, forderte das Land, dass der bestehende Pachtvertrag in einen Erbbaupachtvertrag für 99 Jahre umgewandelt wird. Die Stadtverordneten stimmten der Umwandlung des Vertrages einstimmig zu. Sie anerkannten damit insbesondere die Leistungen des Vereins bei der Verbesserung der Sportanlage "Am Reis".

Der Bürgersteigausbau im Stadtgebiet ging weiter zügig voran. Am 2.6. wurden die Straßenbeiträge für den nördlichen Bürgersteig der Gundelhardtstraße zwischen Sandweg und der Straße "Unter den Kiefern" und für den nördlichen Gehweg der Straße "Nach dem Busch" zwischen Hauptstraße und Breslauer Straße festgesetzt. Die Beschlussfassung erfolgte jeweils mit 11 gegen 10 Stimmen der SPD. Auch der Bürgersteigausbau in Neubaugebieten wurde fortgesetzt.

Zwei wesentliche Punkte der Sitzung befassten sich wieder mit Schulangelegenheiten. Die Stadtverordneten beschlossen einstimmig, neben der alten Schule K.-Mitte einen Schulpavillon mit 2 Klassenräumen zu erbauen, damit die Grundschule Kelkheim in den Räumen der alten Schule und dem Pavillon zweizügig geführt werden konnte. Die Gesamtkosten für den Pavillon lagen bei ca. 65.000 DM. Der Kreis erklärte sich bereit, hierfür 21.000 DM als Zuschuss zu gewähren.

Die Stadtverordnetenversammlung bat den Landrat, sich für weitere Schulen in Kelkheim einzusetzen, damit die schwierigen Schulraumprobleme bald einer Lösung zugeführt werden können. Wie bekannt, wurden auch in den folgenden Jahren weitere zwei neue Grundschulen und die Gesamtschule im Stadtgebiet errichtet.

Um über die dringlichste Schulraumnot bei der alten Schule in Hornau Herr zu werden, wurde beschlossen, einen Kellerraum zu einer provisorischen Ausweichklasse auszubauen. Dieser Raum musste bis zur Fertigstellung der neuen Max-von-Gagern-Schule trotz erheblicher Lüftungsschwierigkeiten immer wieder

als Klassenraum benutzt werden. Später wurde dieser Raum von Jugendklubs, Jazz-Club usw. als Klubraum genutzt.

Beschlossen wurde auch über Bedenken und Anregungen zu dem Bebauungsplan "Sindlinger Wiesen", der die Ausweisung des Geländes für die Grundschule Sindlinger Wiesen beinhaltete. Die Bedenken und Anregungen wurden einstimmig zurückgewiesen, der Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Gleichzeitig wurden auch die Bedenken und Anregungen zu dem Bebauungsplan "Industriegebiet II", der die Ausdehnung des Industriegebietes in Münster auf die heutige Größe vorsah, zurückgewiesen und auch dieser Plan als Satzung beschlossen. Beschlossen wurde auch, dass ein Bebauungsplan für das Gebiet "nördlich der Herrnmauer" aufzustellen sei.

25.6.1966: Der CDU- Stadtverband lud seine Mitglieder am 25.6. in das Pfarrzentrum St. Franziskus ein, um den scheidenden Bürgermeister Wilhelm Stephan und langjährige Mitglieder der CDU zu ehren. Mit einer Ehrenplakette und einer vom Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Konrad Adenauer, und dem Landesvorsitzenden Dr. Fay persönlich unterschriebenen Urkunde wurden alle Mitglieder ausgezeichnet, die der Kelkheimer CDU seit 20 Jahren angehören. Neben Bgm. Stephan waren es Adam Bender, Adam Dorn, Heinrich Herr, August Roser, Johann Keller, Fridolin Kerber, Josef Roth, Anton Stephan, Balthasar Katzenbach, Emil Seebold, Willi Mohr, Alois Bender, Franz Althen, Hans Bardenheier, Johann Blei, Ludwig Gump, Elisabeth Friedel, Hugo Wolf, Peter Zerwes, Josef Stephan, Josef Christmann, Edmund Will, Willi Wittekind, Johann Herr, Sebastian Mohr, Josef Wolf, Martin Schmitt und Heinrich Graf.

30.6.1966: Diese Stadtverordnetensitzung fand als Sondersitzung statt. Zunächst wurde dem ausscheidenden Bürgermeister Wilhelm Stephan, der sein Amt von 1945 bis heute ausübte, die neu geschaffene Heinrich- von- Gagern- Plakette in Gold verliehen. Gleichzeitig wurde Wilhelm Stephan zum **Ehrenbürgermeister** der Stadt Kelkheim durch Aushändigung einer entsprechenden Urkunde ernannt. Der Landrat überreichte Wilhelm Stephan im Auftrag des Bundespräsidenten für seine langjährige kommunalpolitische Tätigkeit das **Bundesverdienstkreuz**. Anschließend wurde dem ausscheidenden Bürgermeister durch den Ersten Stadtrat Leo Claas die Entlassungsurkunde, die nach dem Gesetz die formelle Beendigung des Dienstverhältnisses darstellte, überreicht.

Der ausscheidende Bürgermeister bedankte sich für die Ehrungen und die langjährige gute Zusammenarbeit mit den Körperschaften und gab einen kurzen Überblick über seine Tätigkeit in den vergangenen 21 Jahren.

Danach wurde der bereits am 21.3.1966 neu gewählte Bürgermeister Dr. Winfried Stephan durch den Stadtverordnetenvorsteher Claßen eingeführt und verpflichtet. Die Ernennungsurkunde zum Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus) überreichte 1. Stadtrat Leo Claas. Der neu gewählte Bürgermeister gab in seiner Antrittsrede einen kurzen Überblick über die anstehenden Probleme. Er sieht die Aufgaben einer modernen Kommunalverwaltung unter zwei Aspekten, erstens, dass die Verwaltung in immer größerem Umfang Leistungen für jeden einzelnen Bürger übernimmt und zweitens, dass es notwendig ist, in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht in größeren Räumen zu denken. Die vielfältigen Einrichtungen, die die heutige Stadt für ihre Bürger unterhalte, zwingt zu einem geänderten Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger. Wenn die Verwaltung in weitem Umfang gestaltend in das Leben der Bürger eingreife, müsse sie einen engen Kontakt zu dem einzelnen finden, damit ihre Entscheidungen immer auch menschliche Entscheidungen bleiben.



**Dr. Winfried Stephan
(CDU)
3. Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus)
vom 1. Juli 1966 bis 31. Mai 1995**

Dr. Winfried Stephan wurde am 27.06.1935 in Hornau geboren. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Nach dem Abitur begann Winfried Stephan das Studium der Rechtswissenschaften. Nach der 1. und 2. Staatsprüfung war er von 1964 bis zum 30. Juni 1966 zuerst Richter am Verwaltungsgericht und danach Verwaltungsjurist beim Main-Taunus-Kreis. Am 1. Dezember 1965 promovierte Winfried Stephan zum Doktor der Rechts-wissenschaften. Seinen Dienst als Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus) trat er am 30. Juni 1966 an.

Während seiner fast 29jährigen Amtszeit wurden neue Baugebiete ausgewiesen, die Wasser- und Abwasserversorgung gesichert, neue Schulen, das Hallen-Freibad, das Rathaus, der städtische Bauhof und der neue Hauptfriedhof gebaut.

Die Stadt Kelkheim (Taunus) erwarb die Stadthalle und den Rettershof. Sein be-sonderes Anliegen, die neue Stadtmitte für Kelkheim wurde geplant und mit dem Ausbau begonnen.

Neben seinen Tätigkeiten als Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus) war Dr. Stephan noch in zahlreichen anderen Gremien tätig. So von 1966 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst zunächst Präsidiumsmitglied des Hessischen Städtebundes und seit April 1971 Präsidiumsmitglied des Hessischen Städtetages. Seit Gründung des Umlandverbandes Frankfurt 1975 war er Mitglied des Verbandsausschusses, vom Mai 1977 bis Dezember 1979 deren ehrenamtlicher Verbandsdirektor und seit März 1981 Mitglied des Verbandstages.

Mitglied des Kreistages des Main-Taunus-Kreises war Dr. Winfried Stephan seit 1968 und bis März 1989 Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.

Für seine zahlreichen kommunalpolitischen Tätigkeiten wurden Dr. Stephan hohe Ehrungen zuteil:

- 1980: Bundesverdienstkreuz am Bande
- 1995: Heinrich-Freiherr-von-Gagern-Plakette in Gold
- 1996: Bundesverdienstkreuz 2. Stufe

Hierzu bedürfe es einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit, zu der die Unterrichtung der Presse, das ständige Gespräch mit Vereinen, Verbänden, Organisationen und Bürgerversammlungen gehöre. Es sei wichtig, dass bei der Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats die Auffassungen der Betroffenen berücksichtigt werden können. Nach neuesten Untersuchungen setze eine wirtschaftliche und effektive Verwaltung eine Untergrenze von 7.500 Einwohnern voraus. Da Kelkheim mit knapp 15.000 Einwohnern diese Grenze überschreite, müsse sie auch bereit sein, ihre Funktion als zentraler Ort zu erfüllen und in einem echten partnerschaftlichen Geist auf Teilgebieten auch für die Nachbargemeinden mitsorgen. Einige Aufgaben müssten jedoch in noch größerem Rahmen gelöst werden.

Dr. Stephan setzte sich in diesem Zusammenhang für einen Anschluss der Stadt an ein überörtliches Verbundnetz in der Wasserversorgung ein. Trotz der angekündigten Finanzreform plädierte der neue Bürgermeister für eine weitere Industrieansiedlung, und zwar für eine von Produktionsbetrieben und von Wirtschaftsinstituten, wie das Forschungszentrum der Varta. Nicht nur die Gewerbesteuer, sondern die Entwicklung der Struktur der Stadt sei dabei entscheidend. Man müsse unter allen Umständen vermeiden, dass Kelkheim den Charakter einer "reinen Schlafstadt" erhält. Dem Gewerbebezweig, der mit den Möbeln den Namen der Stadt weit über die Grenzen des Landes hinaustrage, müsse die besondere Fürsorge der Stadt gelten.

Zur Finanzkraft der Stadt werde er sich für kostendeckende Gebühren einsetzen, denn eine Subventionierung der Gebührenhaushalte müsse unweigerlich zu Einschränkungen in den Bildungs- und Sozialeinrichtungen führen. Nach den Planungen der Untermain-Region soll Kelkheim noch auf 25.000 bis 30.000 Einwohner anwachsen. Es sei jedoch notwendig, dass die Stadt langsam und nicht sprunghaft wächst. Neben überschaubare Siedlungen müsse eine weitere Verdichtung des Stadtkerns angestrebt werden. Als vordringliche Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Stadt nannte er den Abschluss der Verkehrsplanungen, den Bau der geplanten Schulen, ein Gymnasium und weitere Sozialeinrichtungen, Sportanlagen, Schwimmbad und das neue Rathaus, welche innerhalb des nächsten Jahrzehnts gelöst werden müssten. Aus heutiger Sicht, 29 Jahre später, muss man feststellen, dass Bürgermeister Dr. Winfried Stephan seine damaligen Vorstellungen weitestgehend verwirklicht hat.

Mit dem wohlverdienten Ruhestand von Bürgermeister Wilhelm Stephan nach 21 Dienstjahren geht die erste Ära der jungen Stadt Kelkheim zu Ende, und es beginnt eine neue Ära, nämlich die des Bürgermeisters Dr. Winfried Stephan, der nach 29 Dienstjahren im Mai 1995 in den Ruhestand tritt. Der Verfasser versucht einen Rückblick der vergangenen 28 Jahre, um die Leistungen der Stadtväter in der schweren Nachkriegszeit zu dokumentieren.

Als die Stadt Kelkheim am 1. April 1938 durch den Zusammenschluss der ehemals selbständigen Gemeinden Münster, Kelkheim und Hornau gegründet wurde, war den damals Verantwortlichen schon klar, dass die drei Dörfer zuerst einmal zusammenwachsen müssen. Die vorhandene Infrastruktur war mehr als unzureichend und musste ausgebaut werden. Pläne für den Ausbau der Wasserversorgung, des Kanalsystems, den Bau eines neuen Rathauses, einer neuen Stadt- und Ausstellungshalle sowie einer neuen Schule wurden erstellt. Doch der 17 Monate nach der Stadtgründung ausgebrochene 2. Weltkrieg machte alle Pläne zunichte. So kam es, dass nur ein kleines "Hitler-Jugendheim", welches heute noch als Umkleide auf dem Sportplatz Taunusblick genutzt wird, gebaut wurde. Auch eine neue Schule, für die von Anfang an gespart worden war, hatte niemand gebaut.

Schon im Jahre 1947, im Jahr der großen Dürre, hatten die Kelkheimer bitter spüren müssen, dass die vorhandenen Versorgungseinrichtungen nicht mehr reichten. Wochenlang in diesem Sommer gab es kein Wasser mehr. Dabei hatte Kelkheim sogar eine für damalige Verhältnisse übertrieben leistungsfähige Wasserversorgung gehabt, wenn auch nur mit einer Schürfung und einem kleinen Hochbehälter, wie sie auch in den beiden Nachbarorten von früher her vorhanden waren.

Kelkheims Wasserversorgung war bereits vor dem 1. Weltkrieg geschaffen worden, und zwar von einer privaten Firma, die sich sogar ein großzügiges Betriebsgebäude leisten konnte. Die älteren Kelkheimer kennen zumindest noch das Gebäude auf dem heutigen Rathausplatz, in dem in den 60er Jahren das Bauamt untergebracht war. Im 1. Weltkrieg waren die Einrichtungen in den Besitz der Stadt übergegangen. Die Wasserwerke der anderen Stadtteile waren jünger, in Münster 1925- 1926, in Hornau gar erst um 1928 geschaffen. Als Ergänzung der heutigen Wassergewinnungsanlagen und Speichereinrichtungen sind übrigens die alten Wasserwerke heute noch in Betrieb.

Nur die wichtigsten Verbindungs- und "Hauptstraßen" in den drei Dörfern waren ausgebaut und es waren Kanalrohre darin verlegt, die freilich ohne Ausnahme ihren Abfluss in den Liederbach hatten. Wie die Straßen allerdings aussahen, die als ausgebaut galten, davon haben auch die vergleichsweise Jüngeren in Kelkheim noch eine Vorstellung: die Lange Straße (Hornauer Straße) in Hornau und die Borngasse in Münster blieben in ihrem alten "Ausbauzustand" mit Bachkatzen bis in das Jahr 1952.

In allen drei Dörfern, die nun Stadtteile geworden waren, gab es auch Schulen, eine viertklassige am Kirchplatz Münster, erst wenige Jahre vor der Stadtgründung aus einer zweitklassigen erweitert; ebenfalls eine viertklassige in Hornau sowie, allerdings um zwei Behelfsräume erweitert, in Kelkheim. Die Hornauer

und die Kelkheimer Schule sind heute noch (1966) in Benutzung, die Münsterer als Ergänzung der neuen Eichendorffschule.

In allen drei Stadtteilen gab es vor der Stadtwerdung auch Rathäuser, die allerdings davor als Schulen gedient hatten. Neues und mit einigen Umbauten versehenes Rathaus der Stadt wurde das Kelkheimer Rathaus in der Hauptstraße. Aus dem Hornauer wurde zunächst ein Kindergarten, später wurde es als Wohnhaus umgebaut, jetzt steht es vor dem Abbruch. Das Münsterer dient bis heute als Wohnhaus, wie es schon im 19. Jh. dem Schullehrer als Behausung gedient hatte, bevor es Schule wurde. Auch bei diesem Gebäude ist von Abbruch die Rede. Und abgerissen werden soll möglicherweise schließlich auch, wenn nicht schon das Kelkheimer Rathaus, so doch die davor stehende Polizeiwache im Zuge der weiteren Stadtsanierung.

Immerhin, die beiden nun überflüssigen Rathäuser waren auch über den 1. April 1938 hinaus nutzbar, von den so genannten Versorgungseinrichtungen war das nicht ohne weiteres zu behaupten. Noch heute weiß man, dass eng beieinander liegende Orte in "Erbfehde" zu liegen scheinen. Bei den nun Stadt gewordenen Dörfern war dies nicht anders gewesen, "nur nichts mit dem Nachbarn zu tun haben", war die wichtigste Lebensregel. Das ging sogar so weit, dass die Kanalstränge, die zwischen Kelkheim und Münster aneinander stießen mit Kappen verschlossen wurden, damit ja nichts ineinander fließen könnte. Aber es gab auch Dinge, um deretwillen die leicht gewaltsame Vereinigung begrüßt wurde. Es gab dies und jenes, was wir heute als kommunale Einrichtung kennen in den drei Dörfern, aber freilich weit entfernt davon, ausreichend zu sein.

Vergleichsweise günstig war die Lage bei Sportplätzen und Kindergärten. Zwar waren die Spielflächen kaum mehr als abgezaunte, mit Toren ausgestattete Wiesen, aber auf diese Weise hatte jeder Stadtteil seinen Sportplatz. Für die Kindergärten sorgten die kath. Schwestern, einmal in Münster, zum anderen für Hornau und Kelkheim gemeinsam im Schwesternheim des Klosters.

Natürlich gab es in den Dörfern schon Steuern und Gebühren, denn reich waren die Gemeinden nie gewesen, obgleich jeder über Wald verfügte, und das Wasser als öffentliche Leistung konnten sie den Bürgern auch nicht umsonst liefern. Und aus diesem Grund "freuten" sich die Hornauer redlich darüber, eingemeindet zu werden. Frühestens in diesem Jahr, wenn die neuen Gebühren für die Stadt in Kraft treten, werden sie für das Wasser so viel bezahlen müssen wie seinerzeit, wobei auf den seither stark abgesunkenen Geldwert gar nicht so genau gesehen werden muss. Berechnungsgrundlage war eine Haushaltsgebühr, die auf 4,50 RM festgesetzt war. Zugrunde gelegt war ein Zweipersonen-Haushalt; weitere Personen, jedes Stück Vieh, auch beispielsweise ein Pkw führten automatisch zu Zuschlägen, meist von je 1,50 RM, Gastwirte und Metzger hatten besondere Zuschüsse zu zahlen. Überschlägig berechnend kommt man zu einem cbm-Preis von 90 Pfg. allerdings heutige Verbrauchszahlen unterstellend, die wohl auch in Hornau im Regelfall nicht gegeben waren. Man kann davon ausgehen, dass früher nicht in jedem Haus Wasserspülung auf dem Klo war und dass es nicht in jedem Haus ein Badezimmer gab.

Die Bürger aus den anderen beiden Stadtteilen konnten froh sein, dass es mit dem Wasserpreis nicht ging wie mit der Gewerbesteuer, die nach Hornauer Muster auf 210 v.H. in der neuen Stadt festgelegt wurde. Da waren nun die Münsterer die "Stadtgewinnler", denn bei ihnen hatte der Hebesatz zwar bei 230 v.H., also um 20 Punkte höher, gelegen. Hart betroffen wurden die Kelkheimer Gewerbetreibenden, die bis zur Stadtgründung nur mit 170 v.H. veranlagt worden waren. 60 Punkte waren natürlich "viel Holz", und in den Erläuterungen für den HH-Plan des Jahres 1938 steht dann auch zu lesen: "Der Gesamtmaßbetrag in 1938 wird sich um rund 3.000 RM ermäßigen, und zwar vor allem auf Grund von Einsprüchen. Dabei war die Empörung von damals längst nicht so berechtigt, wie sie es heute wäre: Damals mussten nämlich nicht allein die Gewerbetreibenden und Grundeigentümer Steuern an die Stadt zahlen, sondern auch die Bürger. Es gab eine "Bürgersteuer" - noch heute wird gelegentlich davon gesprochen, sie wieder einzuführen. Der Hebesatz mit 500 v.H. war ein vergleichsweise hoher Satz, mit dem die Bürger zur Kasse gebeten wurden. Daraus resultierten rund 41.000 RM HH-Einnahmen, die immerhin ein Fünftel der gesamten Kelkheimer Steuereinnahmen ausmachten.

Genau wie heute (1966) musste auch 1938 in der neu gegründeten Stadt Kelkheim der Bürgermeister den HH-Plan in die Ratsversammlung einbringen und erläutern. Erstes Stadtoberhaupt war Willi Graf, ein Frankfurter Verwaltungsbeamter. Nach Kriegsbeginn musste er sein Amt an den 1. Beigeordneten Georg Seebold weiter geben, weil er eingezogen wurde. Bürgermeister Graf erklärte 1938 zum HH-Plan unter anderem: "Ein Rückblick ist auf Grund der Neugründung der Stadt nicht möglich. Es ist lediglich festzustellen, dass die Probleme der drei zusammengelegten Gemeinden doch anders geschichtet waren als die der werdenden Stadt.... Ich werde mich mit zwei Dingen zu beschäftigen haben. Als erstes mit dem Problem, ob die 1937 zweifellos vorhandene Konjunktur im Möbelhandwerk 1938 und in den folgenden Jahren weiterhin erhalten wird, und zweitens mit der Frage, drei organisch zusammengehörenden Gemeinden das Gesicht einer einheitlichen Stadt zu geben.

Den Konjunkturaufschwung halte ich nicht für einen andauernden. Einmal erschöpfen sich die derzeit laufenden Heeresaufträge, und zum zweiten werden die zahlenmäßig geringeren Kriegsgeburtsjahrgänge heiratsfähig. Da Kelkheim ausschließlich vom Möbelhandwerk abhängig ist, werde ich zur Erhaltung der

Steuerkraft Ersatz für die schwindende Konjunktur suchen müssen... Zur Schaffung eines einheitlichen Stadtgebildes aber werde ich zunächst den Einwohnern den Willen eingeben müssen, in der Stadteinheit zu denken... Unter diesen Gesichtspunkten ist der erste HH-Plan der Stadt Kelkheim aufgestellt..."

Rund 30 Jahre später ist festzustellen, dass das Problem der Erhaltung und Verbesserung der Steuerkraft der Stadt von Bgm. Graf richtig gesehen war. Für die allernächste Zukunft sah es jedoch anders aus. Denn man liest in dem Erläuterungsbericht von 1939 u.a.: "Letzten Endes ist der Zusammenschluss dreier Gemeinden und ihr organisches Wachstum mit derartigen Geburtswehen verbunden, dass man die Dinge nicht endgültig abschätzen kann, dies aber auch nicht soll". Gründe dafür nennt Bürgermeister Graf auch: "Gerade die bewegte und deshalb so schöne Zeit, in der wir leben, gibt uns hierfür Hinweise genug. Als wir in den Septembertagen des Vorjahres den Etat 1938 berieten, trug ich Ihnen vor, dass sich in den nächsten Tagen entscheiden müsse, ob der Deutsche Raum 75 oder 78 Millionen Menschen beherbergen solle. Nicht nur diese Frage, nämlich die der Ostmark, hat zwischenzeitlich unser Führer geklärt, sondern er führte auch unsere deutschen Brüder aus den Sudeten und an der Memel ins Vaterland zurück. Mehr noch, der Führer hat uns die Machtstellung im Völkerkonzert zurückgegeben, die eines deutschen Volkes würdig ist. Widerstrebende Kräfte, die die Dinge mit kriegerischen Auseinandersetzungen lösen wollten, sind eines Besseren belehrt..."

Nach Lobreden auf Adolf Hitler, verknüpft mit dem Hinweis, dass alle, auch die Stadt Kelkheim, sich seiner würdig erweisen müssen, folgen erst die Erläuterungen des Haushalts, zu denen gehören: Einstellung von Mitteln für den Luftschutz unter dem Gesichtspunkt -: "Es handelt sich um drei Gruppen verschiedener Aufgaben: Erstens um erhöhte Sicherheitsmaßnahmen im Falle eines kriegerischen Angriffs der feindlichen Umwelt... Ein Beweis dafür, dass wir an diese Möglichkeit nicht glauben, spiegelt sich in den höheren Summen für friedliche Aufbauarbeit wider, so für Dorfverschönerung, für den Bau einer NS-Schwesterstation, für den Ausbau und die Verbesserung unseres HJ-Heimes..."

Es folgte die Aufzählung einer Reihe von Plänen, die nie Wirklichkeit wurden, u.a.: Durchbruch der Adolf-Hitler-Straße (Frankfurter Straße zwischen Bahn- und Töpferstraße - erfolgte erst 1952). Rücklagen für einen Schulneubau, deren Mittel wohl später verloren gingen. Bau eines neuen Rathauses. Bau einer Stadthalle, nach dessen Modell weitestgehend die spätere Stadthalle durch die SG Kelkheim gebaut wurde. "...Drittens ergeben sich Zahlen im HH-Plan, die beweisen, dass auch die Stadt erfolgreich an der Erringung der Ernährungsfreiheit des deutschen Volkes teilgenommen hat". Für die Obstbaumanlagen, die es in allen drei Stadtteilen gab, sind mehr Mittel eingesetzt worden, aber auch für die Anpflanzung von Flachs und Hafer. Denn: "...mitgearbeitet wird an der deutschen Ernährungs- und Wehrwirtschaft". Bgm. Graf zeigte mit dem Finanzüberblick, den er für das HH-Jahr 1939 gab, Gespür für das, was kommen sollte. Das vordringliche Problem ist für ihn die Entwicklung Kelkheims aus den drei Dorfgemeinden zur Stadt, und er stellt fest: "Es wäre wünschenswert gewesen, unter Inanspruchnahme des Kapitalmarktes nicht Teilobjekte durchzuführen, sondern schon jetzt an die Gesamtplanung heranzugehen. Gerade für Kelkheim, das sich den Charakter einer Stadt noch zu erwerben hat, müsste in baulicher Hinsicht viel mehr geschehen. Es wäre dies nicht nur eine Frage des Aufstrebens, sondern vielmehr noch eine Frage von allgemeiner arbeitspolitischer Bedeutung.

Die Struktur der Betriebe in Kelkheim ist eindeutig auf den Rohstoff Holz abgestellt. Jede Bewegung auf dem Holzmarkt beeinflusst nicht nur das wirtschaftliche Leben der Mittel- und Kleinunternehmen, sondern auch der Arbeiterschaft. Kelkheim ist zu viel an die Konjunktur gebunden... Der Kleinbetrieb ist finanziell und maschinell den steigenden wirtschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen und kommt so, auf Zeit gesehen, bestimmt zum Erliegen. Es besteht eine Verpflichtung, die Privatinitiative anzustacheln... Nur Leistungen können den Betrieben und damit den Gemeinden zu Einkünften verhelfen".

Auch in den Einzelheiten des Planes kommt Graf noch einmal auf die Notwendigkeit zu sprechen, unter Inanspruchnahme von Darlehen größere Bauvorhaben Wirklichkeit werden zu lassen. Es dauerte 12 Jahre, bis das begonnen werden konnte, was der damalige Bürgermeister als erforderlich bezeichnet hatte, noch länger, nämlich bis in die Mitte der 60er Jahre, bis seine Forderung erfüllt wurde, die Wirtschaft Kelkheims vom Holz und der Konjunktur des Holzmarktes unabhängiger zu machen.

Zum Jahresende 1966 wird Kelkheims Einwohnerzahl die Grenze von fast 15.000 erreichen. Fast 10.000 Menschen sind in den gut 28 Jahren seit der Stadtgründung Neubürger geworden, nahezu doppelt so viele, wie es ursprünglich Einwohner gab. Im heutigen Kelkheim leben also fast dreimal so viele Menschen wie in der gerade entstehenden Stadt Kelkheim. Wie kam es dazu? Schon die Zahlen lassen einiges erkennen: Rund 5.400 Menschen waren hier zuhause, als 1939 der Krieg begann, auf knapp 7.000 war ihre Anzahl gewachsen, als 1946 zum ersten Mal wieder gezählt wurde. 7.800 Kelkheimer ergab die Volkszählung 1950, 1953 waren es bereits 8.200, am Ende des Jahres 1955 war die Zahl abermals auf 8.650 gestiegen.

Dann erfolgte ein Einschnitt, der sich am Zahlenbild daran zu erkennen gibt, dass bis zum letzten Tag des folgenden Jahres nur ein einziger hinzugekommen war. Bis 1960 erkennt man dann wieder eine gleich bleibende Zuwachsrate von rundum jeweils drei- bis fünfhundert Neubürgern, dann kommt ein Sprung jeweils um tausend Zuziehende 1961 und 1962, danach sinkt die Wachstumsrate wieder, freilich sind es in den letzten Jahren immer zwischen siebenhundert und tausend Menschen gewesen, die zuzogen.

Drei Entwicklungen vor allem wirkten sich aus, als bei Kriegsbeginn erst einmal der Zuwachs nachlässt, der in einer Zeit scheinbaren wirtschaftlichen Wohlergehens durchaus natürliche Gründe hat. Das scheinbar gleich bleibende Anwachsen der Bevölkerungszahl in den Kriegsjahren hat bereits andere Ursachen: Ausgebombte aus den nahen Städten ziehen zu Verwandten und Bekannten, froh, wieder ein Dach über dem Kopf zu haben. Als sie beginnen, in die Heimat zurückzukehren, kommen die Hunderte und aber Hunderte in unsere Gegend, die ihre verloren haben.

Die ersten Vertriebenen werden den Gemeinden und Städten von Amtswegen zugeteilt, soundso viele müssen untergebracht werden, dann folgen weitere Heimatvertriebene, die sich wiederum bei Verwandten und Freunden einquartieren. Auch diese Entwicklung geht zu Ende, dann beginnt, was noch für die Gegenwart gilt: Die Menschen fliehen in zunehmendem Maß aus der Großstadt in die zum Wohnen mehr einladende Umgebung.

Außer Eigenheimen werden dort große Siedlungen aus hohen Häusern errichtet: fünf- bis siebenstöckige Wohnhäuser werden schnell im gleichen Maße vertrautes Bild in den kleinen Städten und Gemeinden am Taunusrand und in seinem Vorfeld, wie sie noch kurz zuvor dort schlechterdings als undenkbar galten.

1961/62 werden die großen Wohnblocks hinter der Parkstraße bezogen, inzwischen längst als selbstverständlicher städtebaulicher Bestandteil Kelkheims angesehen, damals von vielen aus Herzensüberzeugung abgelehnt. Gewaltig schnell die Einwohnerzahl in die Höhe. Noch eins aber ging Hand in Hand mit dem Wachsen der Bevölkerung, nämlich alles, was zum Wohlergehen der Menschen gehört: Wasserversorgung und Entwässerung, Straßennetz und Schulwesen, Kindergärten wurden gebaut, viele andere Aufgaben wurden bewältigt, Neues geschaffen und Bestehendes verbessert. Es wäre eine unlösbare Aufgabe gewesen, hätte nicht gründliche Planung und sorgsame Festlegung der Reihenfolge und Dringlichkeit am Anfang gestanden, wäre nicht mit aller nötigen Sparsamkeit zu Werke gegangen worden. Rückschauend ist das noch besser überschaubar, als im Laufe der Entwicklung möglich gewesen ist.

Ungeachtet der stetigen Zunahme der Bevölkerungszahl verhinderten Krieg und Nachkriegszeit zunächst, dass an der Ausstattung der 1938 gegründeten Stadt Kelkheim mit den erforderlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge etwas geschaffen werden konnte. Erst nach der Währungsreform, als wirtschaftliche und äußere Gegebenheiten sich allmählich normalisierten, konnte daran gedacht werden. Selbst dann aber gab es noch einmal zwei Phasen der Entwicklung: Erste Versuche, hier und dort das Wichtigste wenigstens notdürftig zu "flicken", löste schließlich die zielstrebige Planung ab, auf deren Ergebnisse Kelkheim heute stolz sein kann, sich als moderne, gut ausgestattete Stadt präsentieren zu können. Die Weiche dafür wurde im Jahre 1952 gelegt, als der erste "Generalbebauungsplan" festgelegt wurde, eine planerische Übersicht, was aus Kelkheim geschehen solle und später auch geschehen ist.

Auch gebaut wurde zunächst planlos: Ausnahme war, was im Kelkheimer Volksmund "die Bizone" hieß, die von der Bizonen- Verwaltung geschaffene Siedlung im Bezirk "Unter den Birken" und "Taunusblick". Heute findet man sie kaum noch ansehnlich, und nur wer sich gut der damaligen Zeit erinnert, kann ermessen, wie groß die Freude über das damals verwirklichte Projekt gewesen sein muss. Gerade erst war, als die Siedlung begonnen wurde, die völlige Zerstückelung Deutschlands in vier Besatzungszonen durch Zusammenfassung der englischen und amerikanischen zur Bizone (Zweizone) gemildert worden. Und noch etwas geschah gleichzeitig: Die Wassernot, die durch Versiegen der alten Schürfburgen im ungewöhnlich trockenen und heißen Sommer 1947 in Münster entstanden war, zwang zur Niederbringung einer Tiefbohrung dort im Gemarkungsbereich "Krautgärten".

Was sonst "geschah", begann erst nach der Währungsreform: Bei Straßenbau und Kanalverlegung begann man, hier und dort kleinere Maßnahmen zu erledigen, um den Menschen in neu geschaffenen und bezogenen Wohnungen die geringsten Annehmlichkeiten zu bieten, im Herrwaldgebiet. Am meisten für die Zukunft wurde auf dem Gebiet des Schulbaues getan. In ausgebauten Dachgeschossräumen der alten Hornauer Schule wurden die ersten Realschulklassen eingerichtet, und erstes "Projekt" wurde der Bau der Pestalozzischule, begonnen im Jahre 1952 und Bezug des ersten Bauabschnittes zwei Jahre später im Jahre 1954.

Zu dieser Zeit aber begann auch schon die nun stetige Verwirklichung der Aufwendungen der im Generalbebauungsplan festgelegten Umrissgestalt anzunehmen. Allen um das Wohl der Stadt Verantwortlichen war von Anfang an klar, dass nur Flickwerk war, was in den ersten Nachkriegsjahren da und dort begonnen wurde, um mit Wasserleitungs-, Kanalverlegung und Straßenbau oder mit notwendiger Schaffung von Schulräumen den durch Zuzug vieler Neubürger erwachsenen Notstand - Mangel entsprechender Einrichtungen - zu beseitigen. Sobald das Dringendste erledigt war, wurde Planung auf lange Sicht angestrebt.

Das Wachstum der Stadt sollte ebenso wie der Bedarf an Gemeinschaftseinrichtungen zielstrebig geplant werden. Stadtverordnete und Magistrat waren daran interessiert, die Entwicklung "in den Griff zu bekommen". Grundlage dieser Bemühungen konnten nur gut überlegte Pläne sein, die auch entsprechend Zeit für die Anfertigung brauchten.

So wurde es 1954, bis der erste "Generalbebauungsplan" vorgelegt wurde, "Marschbefehl" sozusagen für das, was damals Zukunft bedeutete. Wie großzügig diese Planung von Anfang an war, zeigte sich an

nichts deutlicher daran, dass bis Mitte der 60er Jahre nicht alles damals Vorgesehene verwirklicht worden war. Seinerzeit, im Jahre 1954, gab es in Kelkheim an bebauten Gebieten lediglich die Kerngebiete der drei ehemaligen Gemeinden Münster, Hornau und Kelkheim, ergänzt um Siedlungsbereiche im Gebiet "Herrnwald". Der untere Teil Münsters, Höhen- und Wiesenstraße (Am Waldeck), war vor dem Krieg angelegt worden, desgleichen die "Farbwerkssiedlung" an der Lorsbacher Straße. Der obere Teil der Herrnwaldsiedlung kam nach dem Kriege dazu, außerdem gab es am Rande der bestehenden Bebauung in allen drei Ortsteilen noch einzelne Anwesen.

Der Generalbebauungsplan von 1954 legte erste Ausweitung der Bebauung fest: Der Bereich "Hallwiel"/"Pfarreck" und das "Todemann- Gebiet" zwischen altem Münsterer Friedhof und "Viez", ein Teil der "Krautgärten" und das Gebiet "Judenhohl" (Breslauer Straße) wurden als künftige Siedlungsbereiche am Rande des südlichen Stadtteils ausersehen. An Kelkheims Grenzen sollte die Bebauung in den Bereichen "Am Berg", "Strichelhohl" und "Bein" wachsen. Kelkheim und Hornau sollten sich im "Stückes", der nördliche Teil der Stadt außerdem an der Herrnmauer, im "Kühnhohl" sowie entlang des Kirchweges ausdehnen.

Als der Generalbebauungsplan 1952 erarbeitet und 1954 vorgelegt wurde, hielten manche alten Kelkheimer den Atem an. Was sollte aus ihrer Stadt nur werden? Heute wissen sie längst, dass nicht alles verwirklicht ist, was damals geplant worden war. Nicht einmal, was 1958 ergänzt wurde, weil die tatsächliche Entwicklung nicht immer dem Plan folgen konnte, aber es war wichtig, die Planung für kommende Generationen festzulegen. In späteren Jahren wurde dann das verwirklicht, was den damals Verantwortlichen kaum denkbar erschien.

Einhergehend mit der Planung neuer Siedlungsgebiete musste auch eine Planung für Kanal- und Wasserleitungsbau erfolgen. Hier brauchte die Stadt nicht ganz bei "Null" anfangen. In jedem der drei Stadtteile waren in den wichtigsten Straßen Abwasserleitungen verlegt, die ausnahmslos in den Liederbach mündeten. Als mit der so genannten "Bizonen-Siedlung" am Herrnwald erstmals ein geschlossenes Baugebiet in der Stadt mit Entwässerungseinrichtungen versehen wurde, bekam die Stadt zur Auflage gemacht, für diesen Bereich auch eine Kläranlage zu bauen.

Schnell wurde erkannt, dass eine Kläranlage für einen kleinen Stadtteil Unsinn sei - besser würde gleich eine für die ganze Stadt gebaut. Sie wurde geplant und sollte in Münster errichtet werden, aber später wurde die Anlage in Sindlingen geplant, an der auch die Stadt Kelkheim angeschlossen wurde. Nachdem als erstes geschlossenes Baugebiet die "Bizonen- Siedlung" im Herrnwaldbereich voll kanalisiert worden war, gab es unmittelbar nach der Währungsreform erst wieder eine Pause, bevor neue gleichartige Vorhaben in Angriff genommen werden konnten.

Als aber erst einmal der Generalentwässerungsplan als Grundlage geschaffen war, erfolgte die Erschließung der übrigen bestehenden und neuen Gebiete nach und nach. Die "Farbwerkssiedlung" machte den Anfang, anschließend kamen die "Hofreite", die großen Siedlungsbereiche am Berg und an der Gundelhardtstraße, Baugebiet Breslauer Straße, Industriegebiet Münster und die Baugebiete "Adolfshöhe" in Hornau an die Reihe. Die Versorgung des gesamten Kelkheimer Stadtbereichs wurde mit Entwässerungseinrichtungen bewerkstelligt, wobei Zug um Zug mit den Neuerschließungen die bestehenden alten Versorgungseinrichtungen in den Ortskernen den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechend ergänzt und ausgebaut wurden und fehlende Seitenleitungen entstanden.

Am wichtigsten, mit dem sich eine weit blickende Vorsorge im Gemeinwesen befassen muss, ist die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser. Zu einem Zeitpunkt, als an die Stadt Kelkheim noch niemand dachte und eine zentrale Wasserversorgung noch vielerorts Zukunftsmusik war, hatten alle drei Orte, die später die Stadt Kelkheim werden sollten, schon zentrale Wasserversorgungseinrichtungen geschaffen. Als 1938 die Stadt Kelkheim geschaffen wurde, gab es sogar schon Verbindungen zwischen den örtlichen Wasserleitungen, mit deren Hilfe ein Dorf dem anderen aushelfen konnte, wenn Not am Mann war. Mit Kunstgriffen und jener Kenntnis, die man nicht lernen kann, sondern nur durch Erfahrung gewinnt, gelang den Rohrmeistern damals sogar der Ausgleich der Druckverhältnisse, so dass Münster Nothilfe vom höher gelegenen Kelkheim geleistet werden konnte, ohne dass der durch die tiefere Ortslage bedingte höhere Druck entstand, der "die Leitungen platzen lassen" konnte. Kelkheim war von den drei Dörfern auch das erste, in dem eine Wasserversorgungseinrichtung geschaffen wurde.

Zwei Namen spielen für die "Frühgeschichte" der Wasserversorgung im heutigen Stadtbereich eine Rolle: die Ingenieure Hessemer aus Bad Ems und Lennartz. Der Erstgenannte plante nicht nur ab 1909 eine Wasserversorgung in Kelkheim, sondern führte sie zunächst auch als Privatunternehmen. Erst 1917 wurden die Versorgungseinrichtungen nach dem Tode Hessemers Gemeindeeigentum. Beim Ankauf musste der Rohrmeister Thorisch mit übernommen werden. Kelkheim bezahlte für alles damals etwa 200.000 Mark. Schon wenige Jahre nach der Erbauung belieferte das Wasserwerk an 196 Abnehmer rund 27.000 cbm Trink- und Brauchwasser.

Damals gab es zwei 20 Meter in die Erde reichende Senkbrunnen Im Stückes, zu denen in den 30er Jahren noch ein dritter im "Birkenwäldchen" kam. Mittels einer Hebeleitung wurde das Wasser in den Tiefbehälter zur Speicherung hinter der Pumpstation und von dort aus in den Hochbehälter an der Gundelhardtstraße geleitet. 1960 mit neuen, automatisch gesteuerten Pumpen und umgebauter

Hebeleistung ausgestattet, ist die Anlage noch heute (1966) in Betrieb. Sie ergibt etwa 250 cbm Wasser pro Tag.

Der gleiche Ingenieur Hessemer hatte 1912 auch mit Hornau über die Errichtung einer Wasserversorgung verhandelt. Wohl wegen des 1. Weltkrieges, der bald danach ausbrach, kam es aber nicht mehr zum Ausbau. So war es Ingenieur Lennartz, der 1928 einen neuen Entwurf zur Wasserversorgung vorlegte, nach dem im gleichen und folgenden Jahr eine Anlage gebaut wurde. Sie bestand aus einer Schürfung im Braubachtal mit Tiefsammelbehälter und Entsäuerungsanlage, verbunden mit dem Hochbehälter Hornau. In Betrieb ist von dieser Anlage nur noch der Hochbehälter, der 150 cbm Wasser speichert, davon ein Drittel als Brandreserve. Die übrigen Einrichtungen bestehen gleichfalls noch, sie werden sogar ständig unterhalten, damit notfalls auch das hier geförderte Wasser benutzt werden kann. Dem müsste allerdings Chlor beigegeben werden, da es sonst den Anforderungen für Trinkwasser nicht mehr entspricht. Deshalb musste die Anlage stillgelegt werden.

Auch in Münster war schon 1912 die zentrale Wasserversorgung geplant worden, aber auch nicht mehr zum Zuge gekommen. Hier war ein Frankfurter Ingenieur tätig. Dann, 1927, war es wiederum Lennartz, auf Grund dessen Planung die Wasserversorgungseinrichtungen entstanden. Die Schürfung, aus der das Wasser kommt, war bereits vor dem 1. Weltkrieg angelegt worden. Aus ihr lief das Wasser durch einen Graben durch das Waldstück am Lorsbacher Weg in eine Quelfassung als Sammelbehälter, aus der es dann in den alten Hochbehälter an der Lorsbacher Straße gepumpt wird. Auch dieser Hochbehälter mit 175 cbm Speicherraum, davon 45 cbm Brandreserve, ist noch heute (1966) in Betrieb, sogar nach Inbetriebnahme des neuen Hochbehälters "Waldwiese", der allerdings nun die eigentliche Versorgungsaufgabe übernommen hat. Nicht nur die Praxis, dass heute noch damit gearbeitet werden kann, sondern auch die in den Plänen niedergelegte "Theorie" beweist, dass die früheren Wasserversorgungseinrichtungen großzügig und auf lange Sicht ausreichend geplant waren.

Bis Jahre nach dem 2. Weltkrieg reichten denn auch die bestehenden Versorgungseinrichtungen in Kelkheim aus, genauer gesagt: so lange, bis die Stadt erheblich stärker zu wachsen begann, als es drei Jahrzehnte vorher vorausschaubar gewesen war. Für Kelkheim kündigte sich die Wendung schon unmittelbar nach der Währungsreform an, als die Herrnwaldsiedlung gebaut wurde. Unter dem Druck der Ereignisse wurde zunächst eilig in den Jahren 1948/49 in den Krautgärten in Münster ein erster Tiefbrunnen gebohrt, der 58 Meter tief niedergebracht werden musste. Qualität und Zustand des Wassers erlaubten damals, es über eine kurze Verbindungsleitung aus der Brunnenkammer unmittelbar ins Versorgungsnetz einzuspeisen, aber schon damals war auf weitere Sicht geplant, die Bohrung über eine Pumpenleitung mit dem Hochbehälter an der Lorsbacher Straße zu verbinden. Die Wassermenge, die von dieser Bohrung hervorgebracht wurde, 18 cbm pro Stunde, galt selbst damals als überraschend groß. Im Laufe der nächsten Jahre erbrachten alle Bohrungen eine geringere Leistung. Der nach dieser schnellen Brunnenbohrung bald erforderlich werdenden weiteren Ausweitung der Kelkheimer Wasserversorgung wurde die neue Bauleitplanung zugrunde gelegt. Parallel mit den Entwicklungsplänen der Stadt wurde der Versorgungsplan für Wasser von dem Bad Homburger Ingenieurbüro Niklas aufgestellt. Mitwirkend dabei war mittels eines Gutachtens über geeignete Stellen für zukünftige Brunnenbohrungen das Hess. Landesamt für Bodenforschung, dessen Leiter Prof. Dr. Michels die Zusammenstellung des Gutachtens selbst leitete. Als besonders wichtig wurde angesehen, dass das Gutachten als sichergestellt bezeichnete, dass die vermutlich vorhandenen Wasservorkommen in der Erde für die nach den Bauleitplänen vorgesehene Einwohnerzahl Kelkheims auf lange Zeit ausreichen würden. 1955 ging dem planmäßigen Ausbau der Kelkheimer Wasserversorgung in allen Bereichen Wassererschließung, Aufbereitung, Speicherung und Verteilung noch die Niederbringung eines neuen Tiefbrunnens "Hornau I" im Braubacher Feldchen voraus. Bei ihm musste schon 120 Meter tief gebohrt werden, was allerdings in der Tagesleistung von 1.440 cbm Wasser hervorragend war. Über eine Gussleitung, die der Rotebergstraße folgte, wurde dieser Brunnen mit dem bestehenden Versorgungsnetz verbunden.

Die Vorstellung einer zukünftigen zentralen Kelkheimer Wasserversorgung fand damals ihren Niederschlag in der Verlegung eines Steuerkabels parallel zur Leitung. In den darauf folgenden Jahren wurde es stetig mit verlängert. Im Augenblick, als die Entscheidung zugunsten einer zentralen Wasserversorgung fiel, bestand nämlich auch Klarheit darüber, dass von einem zentralen "Wasserwerk" aus irgendwann einmal alle Brunnen, Einrichtungen und Behälter überwachbar und zu steuern sein mussten, selbst wenn seinerzeit noch nicht absehbar war, in welchem Ausmaß die Elektronik dabei Schalt- und Arbeitsmöglichkeiten bieten würde.

Die durch rasche Ausweitung der Stadt vorübergehend erforderliche Konzentration auf Wasserbohrungen, die nach Ausbau der Brunnen sofort unmittelbar der Versorgung zugeführt werden mussten, wurde dann wieder von einer zielstrebigem Planung auf weite Sicht nach Beispiel der früheren gemeindlichen Entwicklungen umgestellt. Gleichlaufend wurden neue Wasservorkommen erschlossen, erforderliche Pump- und Aufbereitungseinrichtungen installiert und Speicheranlagen geschaffen. Gemäß dem Ingenieurplan wurde abschnittsweise geplant, wobei drei Bauabschnitte inzwischen verwirklicht worden sind.

Seit Kelkheim Stadt wurde gab es den Plan eines Durchbruchs der Adolf-Hitler-Straße. Die Adolf-Hitler-Straße, nach dem Krieg Altkönigstraße, war das Teilstück der heutigen Frankfurter Straße zwischen der Bahnstraße und der Töpferstraße. Mit Durchbruch war keineswegs ein großes Bauvorhaben gemeint, dem Bestehendes weichen musste. Vielmehr waren lediglich zwei Vorhandene Straßenstücke miteinander zu verbinden. Zwischen Töpfer- und Bahnstraße lag noch freies, landwirtschaftlich genutztes Feld, mitten darin stand nur ein bewohntes Anwesen.

Was es an Straßen gab, war in den drei Orten ohnehin nicht viel. Die Durchfahrtsstraßen waren befestigt, teils mit Kleinpflaster, teils mit Teer. Ein Teil der abzweigenden Wohn- und Verbindungsstraßen hatte noch eine feste Decke, der Rest der Straßen der Stadt hingegen waren geschotterte Wege in der Art besserer Feldwege.

Die Lange Straße (Hornauer Straße) und die Borngasse in Münster hatten als Befestigung die berühmten "Bachkatzen". Aus dem Liederbach entnommen wurden sie rund geschliffen, deshalb der Name "Bachkatzen" und dann gepflastert. Ausgebaute Bürgersteige gab es kaum. Die wenigen vorhandenen Bürgersteige hatten Kleinpflaster oder Teerbelag.

Die damalige Verkehrslage machte in der Tat den Durchbruch zwischen Töpfer- und Bahnstraße zur wichtigsten Verkehrsaufgabe, damit die junge Stadt eine verbindende "Lebensader" bekommen sollte. Die spätere Entwicklung hat diese Vorstellung als richtig erwiesen. Die heutige Frankfurter Straße auf ihrer ganzen Länge ist zur wichtigsten Verkehrsader, aber auch zur beherrschenden Geschäftsstraße Kelkheims geworden. Firmen nahmen die Gelegenheit wahr, hier zentral gelegen, Geschäfte anzusiedeln. Der Ausbau machte auch erst möglich, die schon entstandenen und weiter geplanten Baugebiete jenseits der Bahnlinie mit der Parkstraße unter der Bahn hindurch mit der Stadt zu verbinden.

Der Durchbruch der ehemaligen Altkönigstraße war dennoch nicht das erste Straßenbauvorhaben nach dem Kriege. Vielmehr wurden gleichzeitig mit dem Bau der "Bizonensiedlung" in den Jahren 1948/49 dort auch schon Straßen angelegt: ein Teil der Wiesenstraße (Am Waldeck), "Unter den Birken" und Taunusblick. Finanzieren musste den Bau der Straßen die Stadt, und zwar unter erheblichen Opfern - denn das Darlehen, das die Stadt zur Finanzierung aufnehmen musste, zahlt sie noch heute zurück. Das macht die Verantwortlichen umso trauriger, als dass heute jedermann ersichtlich geworden ist, wie unzureichend dieser Straßenausbau war. Selbstverständlich konnte so unmittelbar nach dem Kriege niemand voraussagen, wie viel Bedeutung 20 Jahre später das Auto haben würde. So wurde hier gespart wo es nur ging. Die Straßen sind längst zu eng, ihr Ausbau reichte nur bis in die jüngste Vergangenheit aus - Totalüberholung tut ihnen dringend not.

Es entspricht der allgemeinen Entwicklung, dass mit dem Wachsen der Stadt in den Jahren ab etwa 1950 der Straßenbau Hand in Hand gehen musste. Das war anfangs freilich viel leichter gesagt als getan. Straßenbau gehört zu den Aufgaben der Gemeinden und Städte, die unverhältnismäßig viel Geld verschlingen. Seit alters her ist den Kommunen daher die Berechtigung zugestanden, die Bürger an diese Kosten zu beteiligen. Jedoch ist den Gemeinden ihre Aufgabe wesentlich leichter gemacht worden seit Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes im Jahre 1961. Das Bundesbaugesetz legt ebenso eindeutig die Verpflichtung fest, dass die Stadt die Bürger an den "Erschließungskosten", also auch am Aufwand für Straßenbau, beteiligen muss, wie es den Zeitpunkt bestimmt, wann die Anlieger zahlungspflichtig werden. Grundsätzlich bestimmt das Gesetz auch den Kostenanteil, der von den Bürgern erhoben werden kann. Die umlegbaren Kosten können bis zu 90 % eingefordert werden.

Abgesehen von den Schwierigkeiten, die anfangs bis zum Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes bei der Finanzierung bestanden, vollzog sich der Straßenbau der Nachkriegsjahre in Kelkheim in ähnlichem Rhythmus wie die Verlegung von Wasserleitungen und Kanalsträngen. Neue Baugebiete erhielten ihre Erschließungseinrichtungen, während zur gleichen Zeit die Zufahrten dem neu entstandenen Bedarf angepasst wurden. Einen Schönheitsfehler hatte diese Entwicklung allerdings: Der Bau der Straßen war aufs Anlegen der Fahrbahnen konzentriert. Das war nicht Ausdruck von Geringschätzung den Fußgängern gegenüber sondern Konsequenz der praktischen Erkenntnis, dass diese sich besser mit Notbehelfen zurechtfinden können. Die Straßen wurden zudem oft schon im Zuge der allgemeinen Erschließung und der Bautätigkeit benötigt. In den Fahrbahnen waren auch die Versorgungsleitungen ins Erdreich verlegt und bekamen mit Fertigstellung des Oberbaues zusätzlichen Schutz. Erst nach Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes wurde grundsätzlich zu jeder Straßenplanung auch der dazugehörige Bürgersteig mit eingeplant.

Hiermit endet der Rückblick auf die ersten 28 Jahre der Kelkheimer Stadtgeschichte. Er beinhaltet die Stadtgründung, die Kriegs- und Nachkriegsjahre, den Aufbau und das Zusammenwachsen der drei ehemaligen selbständigen Gemeinden Kelkheim, Münster und Hornau zur neuen Stadt Kelkheim. Ich möchte diesen Zeitraum als die Ära von Bürgermeister Wilhelm Stephan bezeichnen. Er bereitete den Boden für die weitere Entwicklung der Stadt in eine neue Ära, die des Bürgermeisters Dr. Winfried Stephan.

8.7.1966: In der Stadtverordnetensitzung am 8.7. wurde Herr Martin Dorn als neuer ehrenamtlicher Stadtrat eingeführt und verpflichtet. Er wurde Nachrücker für den zum Bürgermeister gewählten Dr. Winfried Stephan.

Die in der letzten Sitzung umstrittene Ortsbausatzung IV. für das Gebiet "Adolfshöhe" war vom Magistrat beanstandet worden, da bei der Abstimmung zum Teil Interessenkollision anstand. Die Stadtverordneten einigten sich darauf, über die Ortsbausatzung in der nächsten Sitzung zu beraten. Der Bürgermeister gab bekannt, dass die Stadtverwaltung umorganisiert worden sei. Dies sei einmal notwendig geworden, nachdem das ehemalige Haus (Hauptprich) zusätzlich zu Büroräumen umgestaltet wurde, andererseits aber auch durch personelle Veränderungen. Der seitherige Kassenleiter Adam Bender, der schon 21 Jahre diese Tätigkeit wahrgenommen hat, musste diese Stelle aufgeben, da er mit dem Bürgermeister im 3. Grad verwandt war. Die Abteilungen der Verwaltung wurden jetzt wie folgt aufgegliedert in:

- 1.) **Haupt- und Finanzabteilung** - Leiter: Amtmann Karlheinz Klug,
- 2.) **Rechnungs- und Steuerabteilung** - Leiter: Oberinspektor Bender,
- 3.) **Rechts- und Grundstücksabteilung** - Leiter: Oberinspektor Wittwer,
- 4.) **Ordnungs-, Sozial- und Standesamt** - Leiter: Oberinspektor Toni Schmitt,
- 5.) **Stadtbaupolizei** - Leiter: Stadtbaumeister Franz Ball,
- 6.) **Stadtkasse** - Leiter: Stadtinspektor Faust, stellv. Kassenleiter wurde Obersekretär Bleker.

Der Leiter des **Ordnungsamtes**, Stadtinspektor Toni Schmitt, wurde gleichzeitig vom RP als Hilfspolizeibeamter bestätigt. Diese Tätigkeit musste jetzt von der Stadt ausgeführt werden, nachdem ab 1.1.1966 die bis dahin kommunale Polizeistation als Landespolizeistation vom Land Hessen übernommen wurde.

Der Bürgermeister unterrichtete die Stadtverordneten davon, dass zwischenzeitlich das mit der Verkehrsplanung für Kelkheim beauftragte Ing.- Büro Fischer, Wiesbaden, einen Vorplan aufgestellt habe, der dem Landesamt für Straßenbau jetzt zur Stellungnahme vorliege. Das Straßenbauamt hatte Anfang Juni 1966 die von der Stadt seit langem geforderte Ampelanlage an der Ecke Frankfurter/Hofheimer Straße erstellt. Da es nach der Inbetriebnahme zu größeren Verkehrsstauungen und zwei Unfällen kam, musste die Anlage vorübergehend stillgelegt werden. Jetzt war mit dem Straßenbauamt vereinbart worden, dass eine andere Phaseneinstellung erfolgt, wobei allerdings die Überwegzeit für die Fußgänger in der Frankfurter Straße gekürzt werden musste. Diese Ampelanlage wurde später in eine Fußgängeranlage umgewandelt.

Das Darlehen für die "Gewobag" zum Bau von 30 Sozialwohnungen im Stückes musste, da sich kostenmäßige Veränderungen ergaben, um 25.000 DM auf knapp 125.000 DM erhöht werden. Die Stadtverordneten beschlossen auch, das Anwesen Schmitt an der Frankfurter Straße gegenüber dem Alten Rathaus Münster anzukaufen und den Abbruch zur Verbreiterung der Frankfurter Straße vorzubereiten.

Ferner stimmten sie dem Erwerb von über 10.000 qm Gelände in den Sindlinger Wiesen zu, das im Rahmen der Bodenordnung als Austauschgelände für den Schulneubau benötigt wurde.

Die Stadtverordneten beschlossen außerdem einstimmig, dem scheidenden Bürgermeister Wilhelm Stephan den städtischen Dienstwagen zu überlassen. Der Wagen war ein Opel mit 25.000 km Laufleistung und wurde auf ca. 2.500 DM abgeschätzt. Einige Scherzbolde fragten sich ernsthaft, was macht wohl der neue Bürgermeister, geht der etwa zu Fuß?

9.7.1966: Zum ersten Mal findet die traditionelle Möbelausstellung nicht wie gewohnt in der 1. Oktoberwoche statt, sondern aus raumtechnischen Gründen in der Zeit vom 9.7. bis 17.7.1966, in den Sommerferien. Die trotz der Verlegung gut besuchte Ausstellung wurde vom Hessischen Wirtschaftsminister Rudi Arndt eröffnet.

15.7.1966: Binnen acht Tagen wurden im neuen evang. Kirchenzentrum in der Farbwerkssiedlung (Flachland) eine Kirche und ein separater Kirchturm aus Fertigbauteilen montiert. Trotz der modernen Bauweise wird es wohl noch bis Anfang 1967 dauern, bis das neue Gemeindezentrum bezogen werden kann.

Nachdem der Tennisverein seine Plätze am Reis angelegt hat, wurde auch die TuS Hornau sehr aktiv. Aus eigener Initiative und aus eigener Kraft schaffen die Hornauer Sportler sich ein Lehrschwimmbecken, das rund 50.000 DM kosten wird. Es hat die Maße 6 x 12,5 Meter in der größten Länge mit einem L-förmigen flachen Ansatz von 6 x 7,5 Metern. Die größte Tiefe beträgt 1,60 Meter. Das Becken erhält eine Umwälzanlage, so dass der Wasserverbrauch nur gering ist. Es steht den Vereinsangehörigen zur Verfügung und soll auch den Schulklassen für den Schwimmunterricht dienen. Die anderen Vereine dürfen das Becken nach Vereinbarung voraussichtlich auch benutzen. Endziel für das Becken ist temperiertes Wasser, so dass der Schwimmunterricht möglichst lange im Jahr dort stattfinden kann. Der Ausbau der Sportanlage soll später durch Spiel- und Parkplätze abgerundet werden. Auch die Anlegung einer Rollschuhbahn und Minigolfanlage ist in den Planungen vorgesehen.

25.8.1966: In der Stadtverordnetensitzung am 25.8. konnte der Bürgermeister mitteilen, dass der Kinderspielplatz am Münsterer Wald (zwischen Hügelsstraße und Straße Im Herrnwald) zwischenzeitlich fertig gestellt wurde. Von den Anliegern des Platzes erhielten die städtischen Körperschaften zum Teil Dankschreiben, zum Teil aber auch Beschwerdebriefe wegen der Störung der Ruhe in den anliegenden Wohngebieten. Aufgrund der Beschwerden hatte der Magistrat seinerzeit festgelegt, dass die Kinderspielplätze zwischen 13.00 und 15.00 Uhr und nach 20.00 Uhr zur Erhaltung der Ruhe nicht benutzt werden dürfen. Der Landtag hatte die Hess. Bauordnung zum 1.10. 1966 abgeändert. Dadurch war der neue Erlass einer Kinderspielplatzsatzung erforderlich, dem die Stadtverordneten einstimmig zustimmten. Zur Beratung stand auch eine neue Satzung über die Pflicht zur Schaffung von Einstellplätzen und Garagen. Diese Satzung wurde für Neubauten und bei baulichen Veränderungen ab diesem Zeitpunkt angewandt. Für Altbauten wurde sie jedoch entgegen dem Vorschlag des Magistrats nicht beschlossen. Dass versucht wurde, die bauliche Entwicklung in Kelkheim auch in Bebauungsplänen zu erfassen, zeigt eine Reihe von Beschlüssen an diesem Abend. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Magistrat, für die Gebiete "Römertgärten/Gimbacher Tann, Sendelbach", zwischen "Gimbacher Weg und Gundelhardtstraße", für den "nördlichen Teil der Hornauer Straße" und für das Gebiet "Rotlinallee/Theresenstraße" Bebauungsplanentwürfe aufzustellen. Die Offenlegung von Bebauungsplänen wurde beschlossen für das Gebiet "südlich der Herrnmauer" (heute Mörikestraße) und für das Gebiet "Hauptstraße/Frankfurter Straße, Töpferstraße". Ferner war über die Abänderung des Bebauungsplanes "Kirchweg" zu beschließen. In diesem Abänderungsplan wurde eine Querverbindung zwischen der Straße Im Stückes und der Lange Straße (Hornauer Straße) planerisch freigehalten. Beschlossen wurde als Satzung die Bebauungsplanentwürfe für den östlichen Teil der Fischbacher Straße und für den südlichen Teil der Hornauer Straße. Bei der Beschlussfassung über die Bedenken und Anregungen zu dem Bebauungsplan für den südlichen Teil der Hornauer Straße wurde festgelegt, dass die Entschädigungsfragen erst zum Zeitpunkt der Sanierung dieses Gebietes geklärt werden können. Die vorliegenden Beschlüsse über planerische Maßnahmen wurden alle einstimmig gefasst. Meinungsverschiedenheiten gab es jedoch bei Behandlung der Bedenken und Anregungen für den Bebauungsplan Frankfurter Straße II und für seine Beschlussfassung zur Satzung. Der Plan wurde nur mit 12 gegen 8 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen. Die SPD wandte sich gegen die eingetragene Anbindung der Münsterer Straße/Wiesenstraße an die Frankfurter Straße in Höhe der ehemaligen Tankstelle Wolf. Die Planung für diesen Straßenzug mit Bahnunterführung war bis Mitte der 70er Jahre abgeschlossen. Die Maßnahme konnte jedoch damals wegen nicht bewilligter Landesmittel nicht durchgeführt werden. Später wurde der Plan zugunsten einer anderen Planung fallen gelassen. Die in der vorletzten Sitzung umstrittene Satzungsänderung zum Bebauungsplan Adolphshöhe stand aufgrund des in der letzten Stadtverordnetensitzung erfolgten Widerspruchs des Magistrats erneut zur Diskussion. Die Meinungen entzündeten sich insbesondere an der Festlegung der Dachformen im Baugebiet Adolphshöhe. Nach einer Sitzungsunterbrechung stimmten 16 Stadtverordnete einem Kompromissvorschlag des Magistrats und der SPD zu, nach dem in diesem Gebiet Dachneigungen bis 18 Grad zugelassen würden, falls mindestens drei nebeneinander stehende Bauinteressenten sich zum Bau gleicher Dachformen entschließen. 1 Stadtverordneter stimmte gegen diese Regelung, 1 enthielt sich der Stimme, 2 Stadtverordnete konnten wegen Interessenkollision an der Abstimmung nicht teilnehmen, 2 andere waren nicht bereit, sich an der Beschlussfassung zu beteiligen. Die Ortsbausatzung VI für das Gebiet "Gimbacher Tann" war nicht umstritten und wurde einstimmig genehmigt. Die Stadtverordneten stimmten auch einem Vorschlag des Magistrats zu, der Grundschule II, die noch in der alten Schule K.-Mitte untergebracht war, den Namen Geschwister-Scholl-Schule zu geben. Damals war vorgesehen, die Schüler dieser Grundschule II in den geplanten Neubau der heutigen Grundschule Sindlinger Wiesen einzuschulen. Durch die Übernahme der Schulträgerschaft und den Bau der Gesamtschule (Eichendorffschule) in Kelkheim durch den MTK sind die Schüler dieser Schule später in die Pestalozzischule umgezogen. Der Name Geschwister-Scholl-Schule musste kurze Zeit später wieder entfallen, weil es im Kreisgebiet schon andere Schulen mit diesem Namen gab. Dass es im Spätsommer des Jahres 1966 noch Schwierigkeiten mit der bereits über 1 Jahr beschlossenen Verbreiterung der Frankfurter Straße gab, zeigte eine Anfrage eines Stadtverordneten. Der Bürgermeister musste antworten, dass inzwischen mit allen Anliegern die Verhandlungen über die Abgabe der Vorgärten abgeschlossen wurden, dass man lediglich mit einem Anlieger noch nicht einig geworden sei. Bis zu dieser Einigung gingen noch einige Monate ins Land. Beschlossen wurde außerdem der Ankauf von 17.000 qm Gelände für den Hauptfriedhof zum Preis von 7 DM pro qm. Ferner wurden Entschädigungsregelungen wegen der Abgabe der 2 in diesem Gebiet stehenden Feldscheunen getroffen. Auch wurden erneut 10.000 qm Gelände in den Sindlinger Wiesen zum Preis von 25 DM pro qm angekauft. Zugestimmt wurde auch dem Verkauf eines Grundstücks im Industriegebiet an die Fa. Camloc Fastener GmbH. Diese Firma siedelte sich auch einige Monate später als 5. Unternehmen im Industriegebiet an.

Fachwerkhäuser sind steinerne Zeugen einer vergangenen Epoche und in jedem Ortskern gleichen sie einem Schmuckkästchen. In Kelkheim sind Fachwerkhäuser ein seltener Anblick. Das älteste Fachwerkhaus Kelkheims, das erst vor kurzer Zeit fachgerecht renoviert wurde, befindet sich in der Lange Straße in Hornau. Anno 1568 wurde es von dem Zimmermannsmeister Kappes erbaut. Doch in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges brannte im Jahre 1622 der ganze Ort ab und Hornau wurde in Schutt und Asche gelegt. Was übrig blieb, war das Haus des Zimmermannsmeisters Kappes.

In Hornau existieren noch im Privatbesitz befindliche Zeichnungen aus der Zeit vor 1622, aus denen ersichtlich ist, dass sich neben dem "ältesten Haus von Hornau" einstmals eine Dorfschänke befunden hat, die sich bezeichnenderweise "Zur Linde" nannte. Diese alte dazugehörige Linde hat ebenfalls existiert und hieß im Volksmund "Gerichtslinde", weil an dieser Stelle früher - nach der Überlieferung - Gerichtsbarkeit ausgeübt worden sein soll. Diese besagte Gerichtslinde wurde im Mai 1950, wie in dieser Chronik berichtet, gefällt, weil sie nicht mehr erhalten werden konnte. Innen völlig morsch, wurde sie für die Straßenpassanten zu einer ernststen Gefahr.

Da ein allgemein öffentliches Interesse an der Erhaltung des hübschen alten Fachwerkhäuschens bestand, wurde dem damaligen Besitzer des historischen Hauses, Herrn Steyer, ein Zuschuss von der Stadt gewährt, als er vor Jahresfrist seinen Fachwerkbau instand setzen ließ.

Die Stadtverwaltung hat die früher in der alten Schule K.-Mitte untergebrachte Stadtbücherei verlegt und in der Hauptstraße einen neuen geeigneten Raum angemietet. In dieser Bücherei, die unter der Leitung von Gudrun Stöcker steht, können lesehungrige und lernbegierige Benutzer ca. 1.500 Bände ausleihen.

Am neuen Sportgelände, das an der Jahnstraße entstehen soll, ist schon viel geschehen. Gewaltige Erdbewegungen sind schon vorgenommen worden. Die Ausdehnung des Sportplatzes, der gebaut werden wird, lässt sich schon ohne viel Mühe erkennen. Damit sich die umgeschichtete Erdmassen besser setzen können, wurden die Arbeiten vorübergehend ausgesetzt. Erst im kommenden Jahr soll weiter daran gearbeitet werden. Die Sportler der TSG Münster müssen dennoch nicht auf ihr Training und auf ihre Spiele verzichten. Sie können im kommenden Jahr den alten Sportplatz wieder benutzen, der obendrein erheblich verbessert worden ist:

Die bisher angelegte provisorische 400-Meter-Laufbahn musste einer Vergrößerung des Spielfeldes auf die erforderliche Standardgröße von 100 x 65 Metern weichen. Allerdings muss der Platz auch bis zum Frühjahr ruhen, weil er frisch mit Rasen eingesät wurde. Außerdem wurde rund um das Spielfeld ein Entwässerungsgraben gezogen, der gewährleistet, dass die Spielfläche nicht mehr von Pfützen und Aufweichungen bedeckt wird. Am Rande der Anlage wurde eine Bahn für Läufer geschaffen, die lang genug ist, dass auch 110-Meter-Hürdenläufer darauf üben können.

Hinter der Turnhalle, von der Jahnstraße aus gesehen, ist ein Kleinfeld für Handballspiele mit 50 x 25 Metern und an den Rand auch eine Sprunganlage für Weit-, Hoch- und Stabhochsprung neu angelegt worden. Neuer Bestandteil des alten Platzes ist schließlich ein Parkplatz, der befestigt wurde. Vorläufig entfernt wurde, damit die Laufbahn eine ausreichende Länge aufweist, das alte Ehrenmal. Der Vorstand der TSG Münster wird demnächst darüber bestimmen, in welcher geeigneten Form die Erinnerungsstätte für die toten Sportkameraden neu entstehen wird.

2.10.1966: Als dritte Kirchengemeinde hat jetzt auch die kath. Pfarrei St. Martin in Hornau ihr Gemeindezentrum. Zusätzlich zum Kindergarten, der renoviert und modernisiert wurde, entstand im letzten Jahr im ehemaligen Rotlinthof ein schmuckes Pfarrheim mit Gemeindesaal, einem Sitzungszimmer, Jugendräumen und einer Teeküche. Diözesanjugendpfarrer Rudolf Lutter weihte das Pfarrzentrum im Beisein der Gemeindeglieder, der Spitzen der städtischen Körperschaften und den Pfarrern beider Kirchen.

6.10.1966: In der Stadtverordnetensitzung am 6.10. teilte der Bürgermeister mit, dass die AG für kleine Wohnungen zwischenzeitlich die Sozialwohnungen an der Breslauer Straße fertig gestellt habe. Die Stadtverordneten wurden zu einem Besichtigungstermin eingeladen. Das Straßenbauamt teilte mit, dass im Jahre 1967 nach Bereitstellung entsprechender Mittel ein Fußweg neben der Landstraße Kelkheim- Fischbach angelegt werde. Einer der wichtigsten TOP des Abends war die Verabschiedung des Nachtragshaushaltsplanes 1966. Alle verfügbaren Mittel wurden für Grundstücksankäufe (Schulgrundstücke, Industriegebiet und Hauptfriedhof) bereitgestellt. Der Rathausbau wurde zurückgestellt. Es wurden jedoch Mittel zur Renovierung des alten Rathauses und des neu angekauften Nebengebäudes sowie zur Verbesserung der Parkplatzsituation am Rathaus genehmigt.

Dem Nachtrags- HH, der den ordentlichen HH um über 1 Mio. DM auf DM 6.341.698 DM und den außerordentlichen HH um über 2,6 Mio. DM auf 4.322.620 DM erhöhte, wurde einstimmig zugestimmt. Im außerordentlichen HH wurden Darlehensaufnahmen von 916.000 DM ausgewiesen, davon 70.000 DM

zum Ankauf des Nebengebäudes neben dem alten Rathaus, 346.000 DM für Wasserversorgungsmaßnahmen und 500.000 DM als internes Darlehen aus vorhandenen Rücklagen zur Zwischenfinanzierung von Industriegeländeankäufen.

Der Straßen- und Bürgersteigausbau ist weiter forciert worden. In dieser Sitzung wurde den Erschließungskostenabrechnungen für den Verbindungsweg zwischen der Straße Neue Heimat und der Parkstraße, für die Straße Im Tal sowie die Straße Am Münsterer Wald zugestimmt. Ferner wurden die Bürgersteigabrechnungen für die Straßen Unter den Kastanien und Unter den Eichen genehmigt.

Der Magistrat wurde beauftragt, mit den Main- Kraftwerken Verhandlungen wegen der Kostenabrechnungen bei Verkabelung der Hausanschlüsse und für die Straßenbeleuchtung zu führen. Damals sind Teilergebnisse mit den Main- Kraftwerken erzielt worden. Verhandlungen wegen neuer Konzessionsverträge zogen sich noch viele Jahre hin. Erst in den 90er Jahren konnten für beide Seiten befriedigende Verträge neu abgeschlossen werden.

Die Seitenstraße der Herrnmauer oberhalb der Bahngleise war seither mit den Hausnummern a, b, c usw. beschildert. Jetzt wurde festgelegt, dass diese Seitenstraße den Namen Uhlandstraße erhält.

Dem Ankauf von weiteren 50.000 qm Industriegelände und einer Wiese im Gebiet Braubach wurde zugestimmt. Zugestimmt wurde auch dem Ankauf des Anwesens Lorsbächer, Ecke Bahn-/ Hornauer Straße. Das Wohnhaus und die Remisen wurden einige Monate danach abgebrochen. Im Industriegebiet wurden wieder zwei Grundstücke an ansiedlungswillige Unternehmen verkauft, die sich auch kurze Zeit später in Kelkheim ansiedelten.

13.10.1966: Bereits am 13.10. musste die Stadtverordnetenversammlung wieder diesmal zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammentreten. Grund für diese eilig einberufene Sitzung war ein neuer Vorschlag des Landesamtes für Straßenbau wegen einem vierspurigen Ausbau der B 8 zwischen der Heidesiedlung in Niederhofheim und der Königsteiner Straße an der Einfahrt Altenhain. Der Bund hatte sich aufgrund der Forderungen der Städte Kelkheim, Bad Soden und Königstein nachträglich bereiterklärt, ein neues Planfeststellungsverfahren mit einem vierspurigen Ausbau der vorgenannten Teilstrecke auszulegen, um eine Entlastung der alten B 8 in Bad Soden und Neuenhain zu erreichen.

Voraussetzung war, dass das Land sich bereiterklärte, zwischen der Landstraße Kelkheim – Königstein in Höhe des Johanniswaldes bis zur alten B 8 eine Querspange zu bauen, um den Verkehr Königsteins aus Bad Soden und Kelkheim herauszulegen. Die Stadtverordneten stimmten dem vierspurigen Ausbau der B 8 zu, forderten jedoch gleichzeitig erneut den Anschluss der damals geplanten Nordtangente (Gagernring) über einen Pfropfen direkt an die damalige Landstraße (heute B 519).

In dieser Sitzung wurde auch nochmals über die Zubringer von der B 8 und von Höchst innerhalb des Stadtgebietes Kelkheim beraten. Das Straßenbauamt hatte eine grundsätzliche vorherige Zustimmung der Stadt Kelkheim zu den Plänen gefordert, da die Stadt Kelkheim bei den vorherigen Planfeststellungsverfahren jeweils aufgrund ihrer nicht anerkannten Ausbauforderungen gegen die eingeleiteten Planfeststellungsverfahren Einspruch eingelegt hatte. Das Straßenbauamt war jetzt nur noch bereit, ein Planfeststellungsverfahren einzuleiten, wenn vorher grundsätzlich die Stadtverordnetenversammlung in Kelkheim ihr Einverständnis erteilte. In der damaligen Sitzung wurde grundsätzlich den heute bereits erbauten Straßenführungen in Münster (Dieselstraße), verlegte Frankfurter Straße (Anschluss von der Heidesiedlung) und dem Bau der Nordtangente (Gagernring) einstimmig zugestimmt.

Gegenüber der damaligen Planung sind, abgesehen von der Verlegung des Zubringers von der Heidesiedlung an die Frankfurter Straße in Höhe der Lorsbacher Straße, keine Veränderungen vorgenommen worden. Dem Wunsch des Landes, der Landstraße über die Sindlinger Wiesen und den Haingraben bis zur Hornauer Straße zuzustimmen, widersetzten sich die Stadtverordneten. Sie erklärten sich damals jedoch bereit, die vom Land gewünschte Trasse von einer Bebauung freizuhalten. Mitte der 70er Jahre wurden durch Alternativvorschläge andere Lösungen gefunden, so dass der Ortskern Kelkheims nicht durch zwei parallel nebeneinander herlaufende Landstraßen in seiner Bebauung unterbrochen werden musste.

Die Vorsitzende der Dr.- Carl- Richter- Stiftung und ehemalige Schulträgerin des Kelkheimer Privatgymnasiums, Frau Johanna Richter, ist nach längerer schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren verstorben. Mit dem Direktorium und den Lehrern trauern nicht nur viele hundert Schüler des Privatgymnasiums, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung, deren Sympathie die Verstorbene weitgehend gewonnen hatte. Die Beisetzung der Urne fand am 11.11. auf dem Kelkheimer Friedhof statt.

23.10.1966: Aus der ehemaligen Gastwirtschaft hoch oben auf dem Gipfel des Staufens hat der Taunusklub ein schönes Wanderheim geschaffen. Das alte Gebäude wurde zu einem schönen Heim mit Schlafräumen und einem Aufenthaltsraum mit Bewirtung umgebaut. Zahlreiche Wanderer und Ehrengäste hatten sich zur Einweihung auf dem Staufengipfel eingefunden.

4.11.1966: Eine auch für Kelkheim ungewöhnlich große Zahl prominenter Persönlichkeiten fuhr am 4.11. im Schneegestöber die steile Gundelhardtstraße hinauf. Hessens Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn, Frankfurts Oberbürgermeister Dr. Brunner, Professoren aus nahezu allen technischen Hochschulen der Bundesrepublik und führende Persönlichkeiten der deutschen und internationalen Wirtschaft waren erschienen, um an der Einweihungsfeier des neuen Varta- Forschungs- und Entwicklungszentrums teilzunehmen. Durch die Teilnahme dieser Persönlichkeiten an der Einweihungsfeier ist zu ermessen, welche Bedeutung diesem Neubau auf dem ehemaligen Kelkheimer Reitplatz und der Forschungsarbeit der Varta-AG zuzumessen ist.

Als vor einigen Jahren die alte Mülldeponie der Stadt Kelkheim voll war, wurde eine Schicht Mutterboden und Erdreich darüber gedeckt. Auf der so hergestellten Fläche entstand der neue Reitplatz, den heute jeder als ein Schmuckstück an der Jahnstraße anzusehen bereit ist.

Etwas weiter im Wald an der gleichen Stelle fand sich Gelände, das für die Anlage eines neuen Müllplatzes geeignet erschien: eine Mulde an die man gelangen konnte, ohne dass wertvolle Bäume geschlagen werden mussten. Auch dieser neue Müllplatz ist mittlerweile bis zur Hälfte angefüllt. Wie lange er noch benutzt werden kann, hängt von den Bürgern der Stadt ab. Zwei Möglichkeiten gibt es: Die Stadt bleibt beim bisherigen Verfahren, dafür geeignete Abfälle von Zeit zu Zeit zu verbrennen. Das lässt bei ungünstiger Witterung und Windrichtung vorkommen, dass Rauch und Gestank in den südlichen Wohngebieten einige Belästigungen verursachen. Zahlreiche Bürger haben deswegen schon um Abhilfe erbeten. Nur ganz wenige von ihnen haben aber nicht eingesehen, dass das Übel bei diesem Verfahren geringer ist. Es gewährleistet die Benutzbarkeit des Müllplatzes ein paar Jahre länger.

Wird davon kein Gebrauch gemacht, dann ist der Platz in ein bis zwei Jahren aufgefüllt. Von diesem Zeitpunkt ab muss der Müll nach Frankfurt geschafft werden, vorläufig noch auf den "Monte Scherbelino", später dann in die Müllverbrennungsanlage, die zur Zeit mit Kosten von 40 Mio. DM gebaut wird. Die Gebühren für die Müllabfuhr werden sich dann vervielfachen. Von zur Zeit 1,50 DM, die für die Abholung pro Tonne im Monat gezahlt werden müssen, steigen sie auf einen Betrag, der auf etwa 5 bis 6 DM geschätzt wird pro Tonne und Monat.

Der Magistrat hat bedacht und beschlossen, dass es vorerst beim bisherigen Verfahren bleiben soll. Die betroffenen Bürger sind herzlich um Verständnis gebeten. Die Belästigungen sollen auf ein Mindestmaß reduziert werden, dafür kann allen Bürgern die empfindliche Gebührenerhöhung umso länger erspart werden.

Eine kleine Erhöhung im Vergleich dazu steht allerdings bevor. Alle Leistungen der Stadt für ihre Bürger müssen sich bezahlt machen, das heißt: Die Gebühren müssen die Aufwendungen decken. Das gilt auch für die Müllabfuhr. Sie kostet im Jahr (ausgegangen von 1966) rund 120.000 DM. 60 % dieser Aufwendungen sind Löhne und Ausrüstungen für die Arbeiter, die diesen keineswegs angenehmen Job verrichten müssen. Außerdem muss der Müllplatz ständig unter Aufsicht stehen, um die gefürchteten Brände zu verhindern und um den Platz vor unbefugter Benutzung zu schützen. Der Platz kostet darüber hinaus auch einiges: er muss eingezäunt und in Ordnung gehalten werden; der angefahrene Müll muss mit einem Schiebegerät immer wieder eingeebnet werden; auch das Erdreich, mit dem der Müll abgedeckt werden muss, kostet Geld.

Das Müllfahrzeug ist ein beträchtlicher Kostenfaktor. 89.000 DM kostete das vor einem Jahr neu angeschaffte Gefährt, etwa 8 Jahre lang hält es, bevor es erneuert werden muss; außerdem müssen Treibstoff, Inspektionen und gelegentliche Reparaturen sowie die Pflege des Fahrzeugs bezahlt werden. Die Sperrmüllabfuhr verursacht noch zusätzliche Kosten. Einige Mark jeden Monat müssen für die Verwaltung der Müllbeseitigung aufgebracht werden. Das alles zusammengenommen sind die erwähnten rund 120.000 DM.

18.11.1966: In der Stadtverordnetensitzung am 18.11. war zunächst das schreckliche Zugunglück das Gesprächsthema. Stadtverordnetenvorsteher Claßen musste berichten, dass auch drei Kelkheimer Bürger unter den Todesopfern zu beklagen seien und mehrere Verletzte sich noch in Krankenhäusern befänden. Die Stadtverordneten gedachten der Toten in einer Gedenkminute und wünschten den Verletzten baldige Genesung.

Der Bürgermeister konnte berichten, dass der RP dem Kultusministerium vorgeschlagen habe, den Neubau der Max-von-Gagern-Schule in das Zuschussprogramm 1967 aufzunehmen.

Die Stadtverordneten stimmten der Aufnahme eines Teildarlehens von 150.000 DM für Wasserversorgungsmaßnahmen zu, ferner dem bereits erwähnten inneren Darlehen aus vorhandenen Rücklagen von 500.000 DM zum Ankauf von Industriegelände.

Debatten gab es um den Erlass eines 3. Nachtrags zur Müllabfuhrgebührenordnung. Nachdem festgelegt war, dass zukünftig regelmäßig 5 - 6 mal jährlich eine Sperrmüllabfuhr durchzuführen sei und auch eine bessere Aufsicht auf dem Müllplatz durchgeführt werden müsse, stand die Erhöhung der Müllabfuhrgebühren für die 50-Liter- Tonne auf 2 DM an. Nach Genehmigung eines CDU-Antrages, die

zweite Mülltonne zum verbilligten Gebührensatz zu berechnen, wurde dem 3. Nachtrag mit 12 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

In der Sitzung konnten erneut mehrere Erschließungskostenabrechnungen für zwischenzeitlich abgeschlossene Straßen- und Bürgersteigausbaumaßnahmen vorgelegt werden. Zugestimmt wurde jetzt den Abrechnungen für den Fahrbahnausbau der Jahnstraße (von der Freiherr-vom-Stein-Straße bis zum Anwesen Kisselbach), der Ernst- Moritz- Arndt- Straße, den Wehrweg, der Zeilsheimer Straße (zwischen Hofheimer Straße und der Straße An der Viez) und der Straße An der Viez.

Zugestimmt wurde auch der Bürgersteig- und Grünanlagenabrechnung für die Straßen Neue Heimat und Feldbergblick sowie den Bürgersteigabrechnungen für den östlichen Teil der Straße Unter den Birken, für die Rotlintallee (bis zum Liederbach), für die Freiherr-von-Gagern-Straße (Feldbergstraße), für die Theresenstraße (von Hornauer Straße bis Liederbach), für die Feldbergstraße (nördlich des Wehrweges), für den Dingesweg (bis zum Liederbach) sowie für die Frankfurter Straße (einseitig von der heutigen Dieselstraße bis zum früheren Münsterer Friedhof), ferner für die Parkstraße, die Straße Am Berg, die Münsterer Straße (ab Gemarkungsgrenze Kelkheim), für die Straßen Unter den Nußbäumen, Sandweg und Hügelstraße sowie Altkönigstraße (ab Gundelhardtstraße).

Aus den im Jahre 1966 erfolgten vielen Abrechnungen an Straßen- und Bürgersteigausbaumaßnahmen ist zu erkennen, welche Anstrengungen die Stadt damals unternahm, um ihre Straßen und Bürgersteige in den Neubaugebieten, aber auch in Altbaugebieten, in Ordnung zu bringen.

Zugestimmt wurde auch erneut dem Ankauf von über 27.000 qm Industriegelände sowie dem Erwerb des restlichen benötigten Geländes für den Hauptfriedhof mit fast 5.000 qm.

Einige Bürger sind zur Zeit recht sauer auf die Stadt. Sie möchten ihre Haushalte an die Gasversorgung anschließen. Die dafür zuständige Hessen- Nassauische Gas-AG hat ihnen auch zugesagt, die gewünschten Anschlüsse herzustellen. Die Stadt hat dazu aber ihre Zustimmung verweigert. Das ist jedoch keine Schikane gegenüber den Bürgern, sondern eine Maßnahme mit guten Gründen, sagt man bei den zuständigen Stellen im Rathaus.

Seit Jahren werden vom Magistrat, wenn neue Siedlungsgebiete erschlossen und Straßen und Bürgersteige dort gebaut werden sollen, die für Strom, Gasversorgung und Telefonverbindungen zuständigen "Versorgungsträger" aufgefordert, ihre Leitungen zu verlegen, bevor die Straßen und Bürgersteige fertig gestellt werden. Damit soll vorgesorgt werden, dass nicht fertig gestellte Straßen nach kurzer Zeit wieder aufgerissen und nach Verlegung von Zuleitungen nur unzureichend wieder "zugeflickt" werden. Das ist eine Sache, die nicht zu Unrecht immer wieder heftige Kritik der Bürgerschaft auslöst. Die Main- Kraft- Werke (MKW) und die Bundespost (DP) sind inzwischen dazu übergegangen, die Anregungen des Magistrats aufzunehmen. Erfahren sie, dass Straßen und Bürgersteige bebaut werden, bringen sie rechtzeitig ihre Leitungen darin unter. Das ist beim Strom nicht so einschneidend, weil ihn sowieso jeder braucht; die Post muss auf die Zukunft planen: wenn in einem Bereich noch keine Anträge auf Fernsprechanchluss gestellt sind, verlegt sie aber so genannte "Blindleitungen", Rohre, in die später ohne Beschädigungen der gebauten Wege Kabel einfach eingezogen werden können. Lediglich die Gas AG hat sich bisher noch nicht bereit gefunden, ohne Rücksicht auf vorliegende Anschlusswünsche vorsorglich zu planen. Von ihr kamen in der Vergangenheit immer wieder nachträgliche Wünsche, in schon fertig ausgebauten Straßen zu verlegen. Da dies immer wieder Kosten und Unannehmlichkeiten mit sich brachte, sprach der Magistrat schließlich ein Machtwort.

Zunächst grundsätzlich und später auf das neue Baugebiet "Adolfshöhe" bezogen wurde beschlossen: Wenn eine Straße ausgebaut ist, wird innerhalb der nächsten sechs bis acht Jahre neuerliches Aufbrechen der Straßen und Bürgersteige nicht gestattet. Der Magistrat bekannte sich damit einmütig zur Überzeugung, dass weder die Kosten noch die Unannehmlichkeiten, die nicht ausbleiben können, verantwortet und der Mehrheit der Bürgerschaft zugemutet werden können.

Nachdem vor ein paar Wochen das Haus gegenüber dem Alten Rathaus Münster im Knick der Frankfurter Straße abgerissen werden konnte, steht auch an dieser Stelle nichts mehr der Verbreiterung der Fahrbahn entgegen. Der Magistrat hat aufgrund von Verhandlungen die Zusage des Hessischen Straßenbauamtes erhalten, dass die Baumaßnahme noch in diesem Jahr durchgeführt werden soll. Erforderlich ist vorher nur noch eine Überprüfung der Pläne über genaue Führung und Ergänzung der Straße, weil die Frankfurter Straße auch Landesstraße ist.

Im Rahmen des HH-Planes für das zu Ende gehende Rechnungsjahr 1966 sind letzte Bauarbeiten vom Magistrat in Auftrag gegeben und von den beauftragten Firmen zum Teil schon begonnen worden. In der Frankfurter Straße von der Straße "Zum Bach" bis in die Hauptstraße, Höhe der Fahrschule Alter, steht noch der Ausbau des Bürgersteiges bevor, der mit Platten belegt werden soll. In der Lorsbacher Straße bis zur Frankfurter Straße erwies sich eine Neuverlegung des Abwasserkanals als erforderlich. Die früher verlegten Rohre waren für die heute anfallenden Abwassermengen nicht ausreichend groß bemessen. Das führte bei starken Regenfällen zu Überlastungen, die sich in Rückstauungen auswirkten, bei denen die Straße überflutet und die Kanaldeckel aus ihren Halterungen gehoben wurden.

21.11.1966: Der Antrag einiger Vorstandsmitglieder, den gemeinnützigen Verein zur Förderung des Kelkheimer Schwimmbades aufzulösen, hatte zahlreiche Freunde und Mitglieder des Vereins auf den Plan gerufen. In der Jahreshauptversammlung im voll besetzten "Pfungstädter Stübchen" wurde dieser Antrag nun mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Verein, der seit 1962 viel unternommen hat, um den Bau des geplanten Schwimmbades zu forcieren, besteht also weiter. An diesem Abend sind zu den 175 Mitgliedern noch zwei weitere, die aus Interesse an der guten Sache zu der Versammlung gekommen waren, aufgenommen worden. Bgm. Dr. Stephan betonte, er glaube sicher, dass die Stadt Kelkheim 1968 mit den vorbereiteten Erdarbeiten zum Bau des Bades beginnen kann und 1969 den ersten Teil des Landeszuschusses, der in mehreren Raten bezahlt werden soll, bekommt.

Die Schulraumschwierigkeiten an der alten Schule in K.-Mitte konnten zwischenzeitlich durch Aufstellung eines Pavillons im wesentlichen gelöst werden. Dieser Pavillon enthält zwei Klassenräume und wurde neben der alten Schule aufgestellt.

30.11.1966: Mit einem feierlichen Hochamt in der Münsterer Pfarrkirche und im Beisein zahlreicher kirchlicher und weltlicher Würdenträger wurde die erste Kelkheimer Altentagesstätte im Pfarrzentrum St. Dionysius eingeweiht.

In Kelkheim versehen drei "Gemeindeschwestern" den Pflegedienst an Kranken, die bettlägerig sind und sich weder selbst helfen noch bei Angehörigen Hilfe finden können. Eine vierte Schwester aus Liederbach versieht ihren Liebesdienst auch in Münster. Jeweils zwei Schwestern gehören zur katholischen und evangelischen Kirchengemeinde. Mit einer jährlichen Unterstützung von rund 3.500 DM stattet die Stadt den Schwesternstationen Dank dafür ab, dass sie im Dienst der Nächstenliebe der öffentlichen Hand wertvolle Hilfe leisten. Wo es keine konfessionell gebundenen Gemeindeschwestern gibt, müssen Betreuungskräfte von den Gemeinden eingestellt werden, die entschieden mehr kosten würden. Die Stadt Kelkheim gehört auch zu den glücklichen Gemeinden, denen die Kirchengemeinden die Einrichtung und Unterhaltung von Kindergärten abnehmen. Es gibt in der Stadt zur Zeit vier Kindergärten der kath. Kirchengemeinden und einen Kindergarten der ev. Kirchengemeinde, ein weiterer wird zur Zeit mit dem neuen evang. Gemeindezentrum in Hornau errichtet. Bisher besuchen rund 500 nach Fertigstellung des neuen etwa 550 Kinder diese Kindergärten. Für die Übernahme dieser wichtigen Aufgabe ist die Stadt den Kirchengemeinden nicht nur dankbar, sondern sie unterstützt sie auch finanziell. Seit diesem Jahr erhält jeder Kindergarten jährlich 60 DM städtischen Zuschuss pro Kind. Das macht für die Stadt eine Ausgabe von jährlich etwa 33.000 DM aus, bringt indessen für die Kirchengemeinden, die Träger der Kindergärten sind, nur eine teilweise Entlastung. Für sie bedeutet jedes Kind im Durchschnitt 400 DM Aufwendungen im Jahr, die auch mit den Elternbeiträgen nicht ganz abgedeckt werden können.

10.12.1966: In einer kleinen Feier vor dem Feuerwehrgerätehaus in K.-Mitte übergab Bgm. Dr. Stephan den Kelkheimer Wehren zwei Schnellangriffsfahrzeuge und ein Trockenlöschgerät, eine so genannte Pulverbombe". Die Schnellangriffsfahrzeuge sind für Feuerwehrzwecke eingerichtete Kleinbusse, mit denen bei einem Brand der erste Löschtrupp ausrücken kann. Sie bieten einer kleinen Mannschaft Platz und enthalten alle Geräte, die bei einem Brand in den ersten Minuten nötig sind.

16.12.1966: In der Stadtverordnetensitzung am 16.12. brachte Bgm. Dr. Stephan den Etatentwurf 1967 ein. In seiner ersten HH-Rede wies der neue Bürgermeister darauf hin, dass eine Anhebung des Wassergeldes und der Hundesteuer unumgänglich sei. Der Entwurf des ordentlichen HH schloss mit fast 6.300.000 DM, der Entwurf des außerordentlichen HH mit fast 3,4 Mio. DM. Die Stadt hatte bis zu diesem Zeitpunkt Darlehen in Höhe von 7.150.000 DM in Anspruch genommen.

Der Bürgermeister erklärte, dass im Jahre 1967 mit dem Bau einer Grundschule in Hornau sowie mit der Erweiterung der Eichendorffschule um 4 weitere Klassen begonnen werden solle. Weiterhin sei vordringlich die Erschließung des Industriegebietes sowie der Ankauf weiterer Grundstücke in diesem Gebiet. Allein für Grundstücksankäufe wurden über 1 Mio. DM ausgewiesen. In einem Ausblick auf die kommenden Jahre erklärte der Bürgermeister, dass vordringlich der Bau weiterer Schulen, die Verbesserung der Wasserversorgung und ein Teilausbau des Hauptfriedhofs erforderlich seien. Wünschenswert sei der weitere Ausbau des Sportplatzes Jahnstraße und der Bau eines Schwimmbades.

Rückblickend lässt sich sagen, dass in den Jahren zwischen 1967 und 1974 alle damals als wünschenswert genannten Maßnahmen, aber zusätzlich auch der Bau eines neuen Bauhofes, der Bau des Rathauses mit der Bücherei, die Mitfinanzierung eines Altenwohnheimes, die Sicherung der Wasserversorgung durch den Anschluss an Frankfurt, der Bau von Feuerwehrhäusern und größere Straßenbaumaßnahmen durchgeführt worden sind. Aus Vorstehendem zeigt sich, dass innerhalb weniger

Jahre in Kelkheim nicht nur das damals als vordringlich bezeichnete, sondern neben dem wünschenswerten viel Zusätzliches geschaffen werden konnte.

Dem abgeänderten Bebauungsplan "Kirchweg", der den Durchbruch des Dingesweges bis zur Lange Straße beinhaltet, wurde jetzt mit 12 gegen 7 Stimmen zugestimmt. Diese Maßnahme ist erst Jahre später durchgeführt worden. Zunächst erfolgte der Ausbau der Nordtangente (Gagernring).

Der Magistrat hat Oberförster Kurt Klaembt wegen vorbildlichen Verhaltens im Dienst eine besondere Belobigung ausgesprochen und ihm ein Anerkennungsgeschenk überreicht. Schon zum zweiten Mal hat der städtische Forstbeamte vor wenigen Tagen einen Mann im Wald festgenommen und der Polizei übergeben, der wegen sittlicher Verfehlungen an Kindern gesucht wurde (siehe Bericht vom 7.12.1966).

29.12.1966: Die letzte Stadtverordnetensitzung des Jahres fand am 29.12. in der Gaststätte "Pfungstädter Stübchen" statt. Anwesend waren u.a. Ehrenbürgermeister Wilhelm Stephan und Ehrenstadtrat Josef Mohr.

Einziges TOP des Abends war die erstmalige Verleihung von Ehrenringen an 4 Mitglieder der städtischen Körperschaften mit einer mehr als 12-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit. Geehrt wurden für seine Tätigkeit als Stadtverordneter bzw. Stadtrat von über 14 Jahren Herr *Walter Dichmann* und Herr *Josef Kloft*, für eine über 12-jährige Tätigkeit Herr *Peter Zerwes* und Herr *Richard Gladis*. Die Ringe und Urkunden wurden durch Stadtverordnetenvorsteher Claßen überreicht.

30.12.1966: Die Wehr in K.-Mitte wurde nach Mitternacht alarmiert, weil im Kiosk des Bahnhofs K.-Mitte ein Brand ausgebrochen war. Mit dem Kiosk brannte auch der Aufenthaltsraum des Bahnhofs aus. Der Feuerwehr gelang es, das Feuer schnell zu löschen. In den Ermittlungen zur Brandursache wurde auch die Kripo eingeschaltet.